



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

18. Wahlperiode

Drucksache **18/836**

16. Mai 2013

Bericht

der Landesregierung

Beteiligungsbericht 2013 des Landes Schleswig-Holstein

Federführend: Finanzministerium

Beteiligungsbericht 2013

Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an
Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts

Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

www.finanzministerium.schleswig-holstein.de

Redaktionsschluss: März 2013

Dieser Bericht wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Bericht nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, den Bericht zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Geleitwort

Das Land Schleswig-Holstein beteiligt sich an rechtlich eigenständigen Unternehmen, wenn sich ein wichtiges Landesinteresse so am besten erreichen lässt. Derzeit unterstützen 31 Landesbeteiligungen uns dabei, wichtige Aufgaben im Interesse des Landes zu erfüllen: die Versorgung der Einwohner mit öffentlicher Infrastruktur, den Schutz der natürlichen Umwelt, die Stärkung des heimischen Wirtschaftsstandorts.

Auch Dienstleistungen für die Arbeit der Landesverwaltung, wie z. B. das Gebäudemanagement, IT-Dienstleistungen oder die Erfassung von Statistiken, werden von rechtlich selbständigen Körperschaften im Landesbesitz erbracht. Die Auslagerung solcher Aufgaben von der Landesverwaltung auf eigenständige Unternehmen trägt dazu bei, die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung zu verbessern. Das ist für das Land gerade auf seinem Konsolidierungspfad von großer Bedeutung.



Durch die Beteiligung an den Unternehmen und die aktive Ausübung von Aufsichtspflichten in den Kontrollgremien stellen wir sicher, dass die Unternehmen nicht nur effizient arbeiten, sondern dabei auch die Ziele des Landes engagiert unterstützen. Wenngleich die Anzahl der Beteiligungen überschaubar ist, leisten sie doch einen wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung des Landes Schleswig-Holstein, zur Verbesserung der Standortqualität und der Lebensbedingungen. So trägt die EKSH zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende bei, die WTSH fördert den Technologietransfer und damit die zukunftsfähige Entwicklung der heimischen Wirtschaft, und der Nationalpark-Service arbeitet für den Schutz des Wattenmeeres.

Und auch in Hinblick auf andere Ziele der Landesregierung ist die Beteiligungspolitik erfolgreich, nämlich bei der schrittweisen Umsetzung einer paritätischen Besetzung der Kontrollgremien der landeseigenen Unternehmen. Bei den Vertretern, die das Land in Aufsichts- oder Verwaltungsräte entsendet, hat sich der Frauenanteil im Jahr 2013 bereits auf über 30 % erhöht.

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht informiert das Finanzministerium in übersichtlicher Form über den Bestand und aktuelle Entwicklungen der schleswig-holsteinischen Beteiligungen. Der Bericht dient als Informationsgrundlage sowohl für die Arbeit des Landtags, der die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel ausübt, als auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Er wird deshalb über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Kiel, im März 2013

Monika Heinold

Finanzministerin

des

Landes

Schleswig-Holstein

Landesbeteiligungen im Überblick	5
Gegenstand des Beteiligungsberichts	6
Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes	7
Beteiligungsbestand am 31.12.2012	8
Veränderungen am Beteiligungsbestand	10
Zusammengefasste Daten	15
Unternehmensdaten	18
AKN Eisenbahn AG	19
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	23
Dataport AöR	28
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	32
Eichdirektion Nord AöR	37
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	40
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	42
Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	46
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	49
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	53
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH	56
HSH Finanzfonds AöR	60
HSH Nordbank AG	63
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH	67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	71
LVS S-H Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH	76
Nationalpark-Service gGmbH	80
Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH	83
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	86
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	90
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	94
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	98
Anhänge	103
Vertreter des Landes in Kontrollgremien	104
Abkürzungsverzeichnis	106

Landesbeteiligungen im Überblick

Gegenstand des Beteiligungsberichts

Der vorliegende Bericht informiert über die unmittelbaren Beteiligungen, die das Land Schleswig-Holstein an rechtlich selbständigen Unternehmen des privaten oder öffentlichen Rechts unterhält. Einrichtungen, die keine rechtliche Selbständigkeit haben (z. B. Landesbetriebe) oder nicht unternehmensförmig strukturiert sind (z. B. Stiftungen) sind nicht Gegenstand des Berichts.

Der Bericht beinhaltet zunächst einen Überblicksteil zum Beteiligungsbestand und dessen Entwicklung. Außerdem geben zusammenfassende Daten aus der Beteiligungsverwaltung dem Leser eine Orientierung hinsichtlich Umfang und Bedeutung der Beteiligungspolitik in Schleswig-Holstein. Erstmals wird hier auch auf die Entwicklung des Anteils von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen und Kontrollgremien eingegangen.

Im Anschluss wird ab Seite 18 über eine Auswahl von Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge ausführlicher berichtet, bei denen die Landesbeteiligung als bedeutend eingestuft wird. Bedeutend sind dabei grundsätzlich alle Beteiligungen, bei denen der Umfang der Landesbeteiligung einen nicht unwesentlichen Einfluss auf Unternehmensentscheidungen sicherstellt. Außerdem werden Beteiligungen als bedeutend angesehen und ausführlich dargestellt, wenn die Tätigkeit des Unternehmens von herausragender Bedeutung für das Land ist. Einige kleinere Beteiligungen werden als nicht bedeutend bewertet und nicht genauer betrachtet. Dabei handelt es sich im Einzelnen um die folgenden Beteiligungen:

- FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH,
- GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder / NKL Norddeutsche Klassenlotterie,
- Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH,
- HIS Hochschul-Informationssystem GmbH,
- HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH,
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau AöR,
- Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH,
- ÖPP Deutschland AG,
- Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH.

Auch über die GMA Gesellschaft für Marine Aquakultur, die sich lediglich vom 01.01. bis 14.12.2012 im Landesbesitz befand, wird nicht ausführlich berichtet.

Für die bedeutenden Beteiligungen macht der Bericht Angaben zur Beteiligungsstruktur, zum Unternehmenszweck, zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Entwicklung. Zur Verbesserung der Transparenz beinhaltet der vorliegende Bericht erstmals auch Angaben zur Vergütung der Aufsichts- oder Verwaltungsratsmitglieder (ohne reine Aufwandsentschädigungen). Angabe zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben mit Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB. Ergänzend findet sich im Anhang eine Übersicht aller vom Land entsandten Vertreter in Kontrollgremien der Landesbeteiligungen.

Der Bericht erfasst soweit sinnvoll den aktuellen Informationsstand zum 31.12.2012 (Eigentumsverhältnisse) bzw. zum Redaktionsschluss im März 2013 (Besetzung der Unternehmensorgane). Da zum Redaktionsschluss noch nicht für alle Unternehmen die testierten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2012 vorliegen, basieren die Unternehmensdaten aus den geprüften Geschäftsberichten im Sinne einer konsistenten Berichterstattung für alle Unternehmen auf den Jahren 2009 bis 2011. Ergänzende Ausführungen zu wichtigen jüngeren Entwicklungen vervollständigen das Bild. Die nächste jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichts wird genauere Angaben zur Geschäftsentwicklung im Jahr 2012 liefern.

Die Veröffentlichung dieses Berichts erfolgt ausschließlich in elektronischer Form.

Grundlagen der Beteiligungspolitik des Landes

Rechtliche Grundlage für die Beteiligungspolitik des Landes Schleswig-Holstein ist § 65 der Landeshaushaltsordnung (LHO). Dort sind die Voraussetzungen genannt, unter denen sich das Land an privatrechtlichen Unternehmen beteiligen darf. Die unternehmerische Betätigung des Landes ist demnach nur zur Verfolgung wichtiger Interessen des Landes zulässig, wenn sich der vom Land angestrebte Zweck nicht auf anderem Wege besser und wirtschaftlicher erreichen lässt. Ob ein solches Interesse an einer Landesbeteiligung gegeben ist, wird nicht nur beim Neuerwerb von Beteiligungen, sondern auch im Rahmen der Optimierung des Beteiligungsportfolios hinterfragt. Grundsätzlich soll der Staat als Unternehmer die Ausnahme sein. So ist denn auch die Anzahl der schleswig-holsteinischen Unternehmensbeteiligungen mit aktuell 31 überschaubar.

Die Ziele des Landes Schleswig-Holstein beim Eingehen und Halten von Beteiligungen sind vielfältig. Insbesondere sind hier zu nennen

- die Wirtschaftsförderung und die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Regionen des Landes,
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Technologie- und Innovationstransfer sowie die Ansiedlung neuer, technologieorientierter Unternehmen,
- die Förderung der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- die Daseinsvorsorge,
- die Schaffung und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur und
- die Förderung von Kunst und Kultur.

Die Beteiligungen dienen als Instrument zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und zur Umsetzung politischer Ziele in all diesen unterschiedlichen Bereichen. Der Erfolg der Beteiligungspolitik zeigt sich daran, ob diese Ziele erreicht werden. Die Einnahme- oder Gewinnerzielung ist im Gegensatz dazu kein vorrangiges Ziel. Zwar sollen die Landesbeteiligungen effizient wirtschaften, in einigen Fällen erlaubt aber die Art ihrer Aufgaben kein kostendeckendes Arbeiten. In diesen Fällen fließen Zuwendungen aus dem Landeshaushalt. Diese werden, ebenso wie anders geartete wichtige Finanzbeziehungen zwischen dem Landeshaushalt und den Unternehmensbeteiligungen (etwa in Form von Leistungsentgelten) im Berichtsteil ab Seite 18 aufgeführt.

Beteiligungsbestand am 31.12.2012

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
AKN Eisenbahn AG	4.903.600	2.446.406	49,89
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	3.995.000	1.149.000	28,76
Dataport AöR	43.500.000	7.500.000	17,24
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	51.500	3.700	7,18
Eichdirektion Nord AöR	2.610.000	1.250.000	47,89
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	75.000	25.000	33,33
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	25.600	6.450	25,20
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gGmbH	163.613	10.226	6,25
GBS Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH	25.565	12.782	50,00
GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR	2.000.000	wird nicht ausgewiesen	Stimmrecht nach Königsteiner Schlüssel des Vorjahres
GMSH Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR	8.000.000	8.000.000	100,00
GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH	300.000	77.250	25,75
Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH	750.000	750.000	100,00
Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH	40.903	1.023	2,50
HIS Hochschul-Informationssystem GmbH	49.200	2.050	4,17
HSH Finanzfonds AöR	0	0	50,00

Gesellschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	Gezeichnetes Kapital in €	Anteil des Landes in €	Anteil des Landes in %
HSH Nordbank AG	3.018.224.530		9,58 unmittelbar und 32,5 mittelbar über HSH Finanzfonds
HVV Hamburger Verkehrsverbund GmbH	60.000	1.800	3,00
InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH (ehemals AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH)	38.400	6.400	16,67
Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
KfW AöR	3.750.000.000	23.900.000	0,64
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	41.926	1.023	2,44
LVS S-H Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH	26.076	13.038	50,00
Nationalpark-Service gGmbH	50.000	27.500	55,00
Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH	62.500	25.000	40,00
ÖPP Deutschland AG	1.770.000	10.000	0,56
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	100.000.000	100.000.000	100,00
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein AöR	1.663.000	873.000	52,50
UKSH Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR	19.364.586	19.364.586	100,00
WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	400.000	204.000	51,00
Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH	511.500	30.690	6,00

Veränderungen am Beteiligungsbestand

Bestandsänderungen	Art der Veränderung
AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH	Umbenennung
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Teilveräußerung
Dataport AöR	Kapitalerhöhung; Reduzierung des Landesanteils
DEGES GmbH	Erwerb
Eichdirektion Nord AöR	Reduzierung des Landesanteils
EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH	Erwerb durch Rechtsnachfolge
Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH	Veräußerung
Fiscus GmbH	Liquidation
Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH	Erwerb
GMA Gesellschaft für Marine Aquakultur mbH	Erwerb durch Rechtsnachfolge und Veräußerung
HSH Finanzfonds AöR	Gründung
HSH Nordbank AG	Kapitalerhöhung
IWF Wissen und Medien gGmbH	In Liquidation
Kieler Flughafengesellschaft mbH	Veräußerung
LVSH Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein AöR	Auflösung
NKL Nordwestdeutsche Klassenlotterie / GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder AöR	Auflösung der NKL, Rechtsnachfolge GKL
Norgenta GmbH	Reduzierung Landesanteil
ÖPP Deutschland AG	Erwerb
Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR	Neugründung
Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH	Kapitalerhöhung
ZTS GmbH	Teilveräußerung

AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord

Die AMI Nord hat ihr Leistungsprofil erweitert und bietet nun neben der reinen Untersuchung von Arzneimitteln auch verstärkt Leistungen für Dritte an. Um diese Veränderung nach außen hin zu verdeutlichen, hat sich die Gesellschaft am 16.01.2013 umbenannt in InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik.

Bürgschaftsbank

Im Rahmen des Privatisierungsprozesses im Geschäftsjahr 2010 verminderte das Land Schleswig-Holstein seinen Anteil am Stammkapital der Bürgschaftsbank durch Verkauf von Anteilen im Wert von 650.000 € auf 1.149.000 €. Wegen einer gleichzeitigen Kapitalerhöhung um 345.000 € auf 3.945.000 € betrug der Stammkapitalanteil des Landes an der Bürgschaftsbank 29,13 % (vorher 49,97 %). Um die Eigenkapitalbasis der Bank nicht zu schwächen und die Position als Wirtschaftsförderer weiter zu stärken wurde der Verkaufserlös als unbefristete Kapitalrücklage in den Allgemeinen Haftungsfonds der Bank eingezahlt.

Mit der Aufnahme eines neuen Gesellschafters im Geschäftsjahr 2012 reduzierte sich der Anteil am Stammkapital auf 28,76 %.

Dataport

Die Dataport AöR hat ihr Stammkapital im Jahr 2010 mit Beitritt des Landes Niedersachsen um 7,5 Mio. € erhöht. Zum 01.01.2012 hat das Land Schleswig-Holstein den bisher für die Kommunen treuhänderisch gehaltenen Anteil von 17,24 % (= 7,5 Mio. €) des Stammkapitals an ein zu diesem Zweck neu gegründetes Unternehmen der schleswig-holsteinischen Kommunen (IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR ITVSH) übertragen. Infolgedessen verringert sich der Landesanteil an Dataport von 41,67 % (2009) über 34,48 % (2010) auf 17,24 % (2012).

DEGES

Das Land Schleswig-Holstein ist der DEGES durch Erwerb von Teilgeschäftsanteilen in Höhe von insgesamt 4.200 € mit Wirkung vom 04.07.2008 beigetreten. Ziel des Beitritts ist die zeit- und sachgerechte Realisierung des Projektes „sechsstreifiger Ausbau der A 7 vom Autobahndreieck Bordesholm bis zur Landesgrenze SH/HH (Anschlussstelle Schnelsen-Nord)“ als A-Modell (Betreibermodell). Der Anteil des Landes am Stammkapital beläuft sich aktuell auf 3.700 € (7,18 %).

Eichdirektion Nord

Mit Wirkung zum 01.01.2008 ist das Land Mecklenburg-Vorpommern der EDN beigetreten. Dadurch erhöhte sich das gezeichnete Kapital und der Anteil Schleswig-Holsteins nahm ab.

EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein

Nach Auflösung der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) ist das Land per Landtagsbeschluss zum Rechtsnachfolger der Stiftung bestimmt worden und ist somit seit 01.01.2012 Gesellschafter der EKSH mit einem Anteil von 25.000 € am Stammkapitals von insgesamt 75.000 €. Mitgesellschafter sind die E.ON Hanse AG und eine HochschulGfR.

Fachinformationszentrum Karlsruhe

Das Land Schleswig-Holstein war bis zum 31.12.2006 mit 2,6 % (= 1.040 €) am Stammkapital der Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH von insgesamt 40.000 € beteiligt. Nachdem das Land

erklärt hat, dass das nach § 65 LHO erforderliche Interesse an der Beteiligung nicht mehr gegeben ist, hat es seine Anteile mit Wirkung vom 31.12.2006 gekündigt und sie am 31.03.2009 an das Land Baden-Württemberg verkauft und abgetreten.

Fiscus GmbH

Die Liquidation der fiscus GmbH i.L. ist am 30.06.2008 abgeschlossen worden.

Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH

Durch den Medienstaatsvertrag Hamburg/Schleswig-Holstein wurde zum 01.03.2007 die Zusammenlegung der Filmförderungen des Landes Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossen. Das Land Schleswig-Holstein hält seitdem 25,2 % (= 6.450 €) am Stammkapital von insgesamt 25.600 €. Die übrigen Anteile von 74,8 % (= 19.150 €) hält die Freie und Hansestadt Hamburg.

GMA Gesellschaft für Marine Aquakultur

Auch die Beteiligung an der GMA ist dem Land als Rechtsnachfolger der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein (ISH) zugefallen. Ab dem 01.01.2012 war das Land Miteigentümer der GMA mit 25 % des Stammkapitals von insgesamt 100.000 €. Da das Land kein wichtiges Interesse im Sinne des § 65 LHO an der GMA hat, wurde der Anteil in Höhe von 25.000 € am 14.12.2012 an die Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. verkauft.

HSH Finanzfonds

Der HSH Finanzfonds wurde per Staatsvertrag vom 03. und 05.04.2009 als Anstalt öffentlichen Rechts ohne Eigenkapital errichtet. Träger der Anstalt sind die Freie und Hansestadt Hamburg sowie das Land Schleswig-Holstein. Jeder der Träger hält einen Anteil von 50 % am Vermögen der Anstalt. Die den Anteilseignern obliegende Kapitalunterstützung der HSH Nordbank AG wurde mit Gründung der HSH Finanzfonds AöR als Aufgabe auf die Anstalt übertragen.

HSH Nordbank

Die HSH Nordbank spürte im Berichtszeitraum die Auswirkungen der Wirtschafts-/Finanzkrise. In diesem Zusammenhang waren im Geschäftsjahr 2009 und 2012 Kapitalerhöhungen erforderlich, die mittelbar durch den HSH Finanzfonds erfolgten. Wegen der besonderen Rahmenbedingungen wird zu laufenden Veränderungen auf die aktuelle Berichterstattung der Bank und des Finanzministeriums verwiesen.

IWF Wissen und Medien

Infolge der Beschlüsse des Senats der Leibniz-Gemeinschaft und der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, die IWF Wissen und Medien nicht mehr als eigenständiges Institut zu fördern, ist beschlossen worden, die Gesellschaft unter Stilllegung des Geschäftsbetriebs zum 31.12.2010 aufzulösen. Inzwischen sind alle operativen Tätigkeiten bis auf die Mediendigitalisierung eingestellt worden.

Kieler Flughafen

Das Land Schleswig-Holstein war bis Ende 2010 mit 28.121 € an der Kieler Flughafengesellschaft mbH beteiligt. Dies entspricht einem Anteil von 55 % am Stammkapital von insgesamt 51.129 €. Mitgeschafterin war die Landeshauptstadt Kiel mit 45 %. Nachdem das Land erklärt hat, dass das nach § 65 LHO erforderliche Interesse des Landes an der Beteiligung nicht mehr gegeben ist, hat es seine Anteile mit Wirkung vom 01.01.2011 auf die Mitgeschafterin Landeshauptstadt Kiel übertragen.

LVSH Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein

Die LVSH ist durch Artikel 14 des Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2011/2012 zum 01.01.2011 aufgelöst und ihr Vermögen auf das Land übertragen worden. Ziel der Auflösung der LVSH war die Reduzierung des Verwaltungsaufwands, der durch den erforderlichen Abschluss von Miet- und Pachtverträgen zwischen dem Land und der LVSH bestand. Die Konzentration der Verwaltungszuständigkeit für Verwaltungsliegenschaften, die mit der Gründung der LVSH geschaffen worden war, wurde beibehalten und die Zuständigkeit dem Finanzministerium zugewiesen.

NKL Norddeutsche Klassenlotterie

Zum 01.07.2012 wurde die GKL als Anstalt öffentlichen Rechts aller sechzehn Bundesländer errichtet. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge sind sämtliche Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens, Rechte, Verbindlichkeiten und Pflichten – auch behördliche Genehmigungen und Erlaubnisse -, Arbeitsverhältnisse und Vertriebsverträge der Anstalten NKL und SKL auf die neue Anstalt GKL übergegangen. Die NKL und die SKL sind mit Errichtung der GKL abgewickelt. Die GKL verfügt zum Stichtag der Eröffnungsbilanz (01.07.2012) über ein Eigenkapital von insgesamt 30,9 Mio. €. Anteile der einzelnen Länder am Grundkapital der Anstalt von 2,0 Mio. € werden nicht ausgewiesen.

Norgenta

Durch die Aufnahme des Bay to Bio Fördervereins Life Science Nord e. V. als neuer Gesellschafter im Jahr 2010 erhöhte sich das gezeichnete Kapital der Norgenta und der Anteil Schleswig-Holsteins nahm von 50 % auf 40 % ab.

ÖPP Deutschland

Um eine wirtschaftliche, zügige und rechtssichere Durchführung von ÖPP-Projekten zu ermöglichen, hat das Land Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 11.08.2009 insgesamt 100 Aktien mit einem Nennwert von 100 € Grundkapital je Aktie der ÖPP Deutschland AG erworben und hält seither 0,56 % des Stammkapitals von insgesamt 1.770.000 €.

Schleswig-Holsteinische Landesforsten

Die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten sind zum 01.01.2008 gegründet worden. Die Anstalt soll für eine rationellere Bewirtschaftung der Landesforsten sorgen und die besonderen Gemeinwohlleistungen des Landes weiterführen.

WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein

Die Gesellschafter der WTSH haben im Jahr 2011 beschlossen, zur Risikovorsorge insbesondere vor dem Hintergrund künftig abnehmender Planbarkeit der Erträge das Stammkapital der Gesellschaft von

200 T€ auf 400 T€ anzuheben. Im Zuge dessen ist auch der Gesellschafterkreis um die Handwerkskammern erweitert worden.

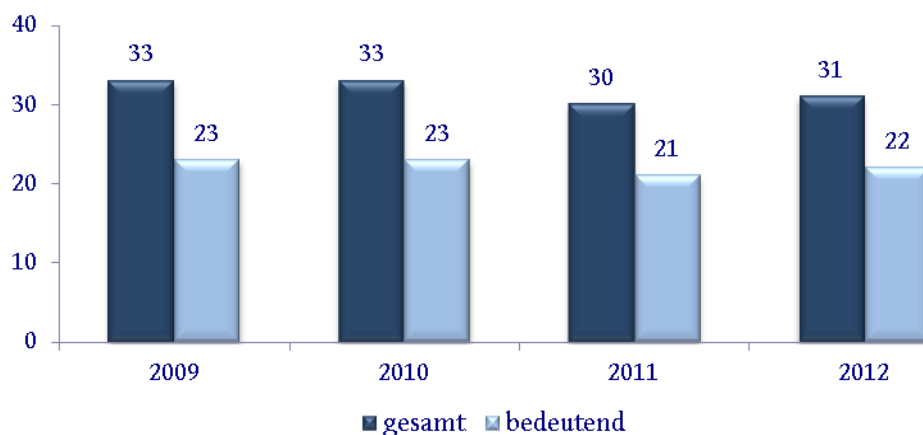
ZTS

Am 31.08.2008 hat das Land seine Beteiligungsquote an der Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt ZTS Grundstücksverwaltung GmbH von 245.420 € auf 30.690 € gesenkt. Die Stadt Kiel hält seitdem einen Anteil von 94 % und das Land Schleswig-Holstein von 6 % der Gesellschaft. Mittelfristig hat das Land die Absicht, auch seine verbliebenen Anteile an der Gesellschaft zu veräußern.

Zusammengefasste Daten

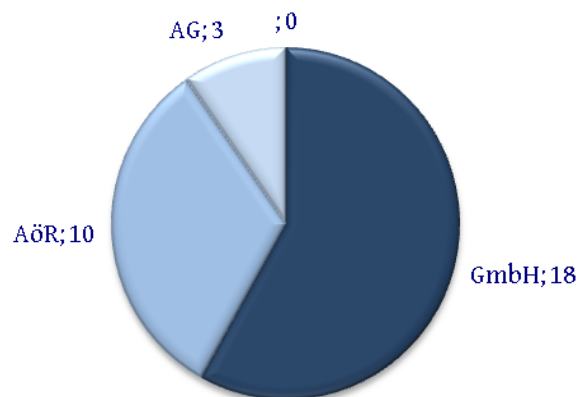
Das Land Schleswig-Holstein ist derzeit unmittelbar an 31 Unternehmen beteiligt. In 22 Fällen wird die Beteiligung als bedeutend eingestuft und im nächsten Abschnitt dieses Berichts näher betrachtet. Gegenüber dem Jahr 2009 hat es bei der Zahl der bedeutenden Beteiligungen einen leichten Rückgang gegeben durch die Veräußerung des Kieler Flughafens und die Auflösung der LVSH im Jahr 2011; dem steht der Erwerb der EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH 2012 gegenüber. Die Anzahl der weniger bedeutenden Beteiligungen ist durch die Auflösung der IWF Wissen und Medien ebenfalls um eine gesunken.

Anzahl der Landesbeteiligungen



Die Mehrzahl der Unternehmen, an denen sich das Land beteiligt, wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Bei zwei bedeutenden Unternehmensbeteiligungen und im Fall einer kleineren Beteiligung handelt es sich um AGs (AKN Eisenbahn, HSH Nordbank, ÖPP Deutschland), die übrigen Landesbeteiligungen sind als Anstalten öffentlichen Rechts organisiert.

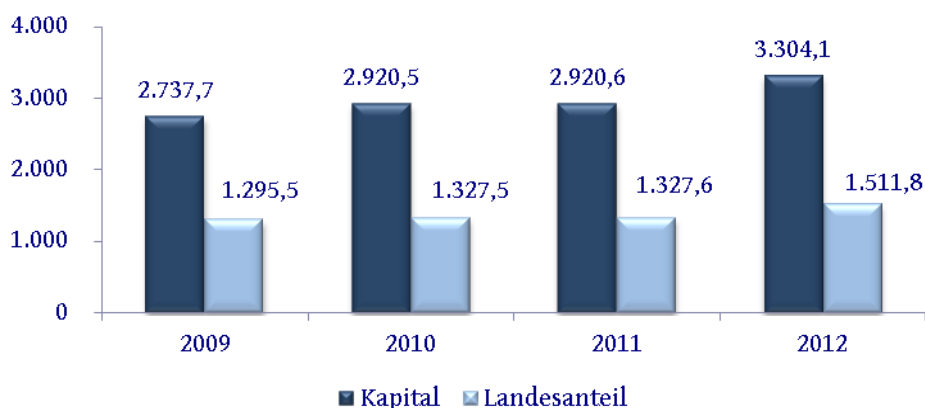
Landesbeteiligungen nach Rechtsform



Unter den bedeutenden Beteiligungen befinden sich aktuell fünf, bei denen das Land Alleineigentümer ist, weitere fünf, an denen es 50 % oder mehr hält, und sieben Unternehmen mit einem Landesanteil zwischen 25 und 50 %.

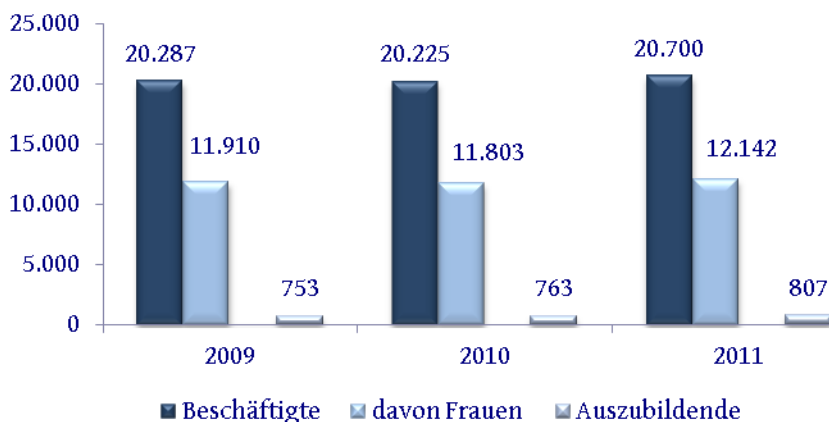
Der Landesanteil am gezeichneten Kapital aller bedeutenden Beteiligungen in der vorne erläuterten Abgrenzung beträgt 1.511,8 Mio. € von 3.304,1 Mio. €. Bezogen auf sämtliche Beteiligungen einschließlich der weniger bedeutenden hält das Land 1.535,8 Mio. € von insgesamt 7.058,7 Mio. € Unternehmenskapital. In der folgenden Abbildung erkennt man insbesondere die Auswirkung der Kapitalerhöhung der HSH Nordbank im Jahr 2012 auf das Beteiligungsvolumen des Landes Schleswig-Holstein. Der Verkauf bzw. die Auflösung zweier bedeutender Beteiligungen 2011 fällt dagegen wegen ihres geringen Grundkapitals nur wenig ins Gewicht und wird von der Kapitalerhöhung der GMSH (zur Glättung ihres „krummen“ Grundkapitals nach der Euro-Umstellung) überkompensiert.

gezeichnetes Kapital der bedeutenden Landesbeteiligungen und Landesanteil daran, in Mio. €



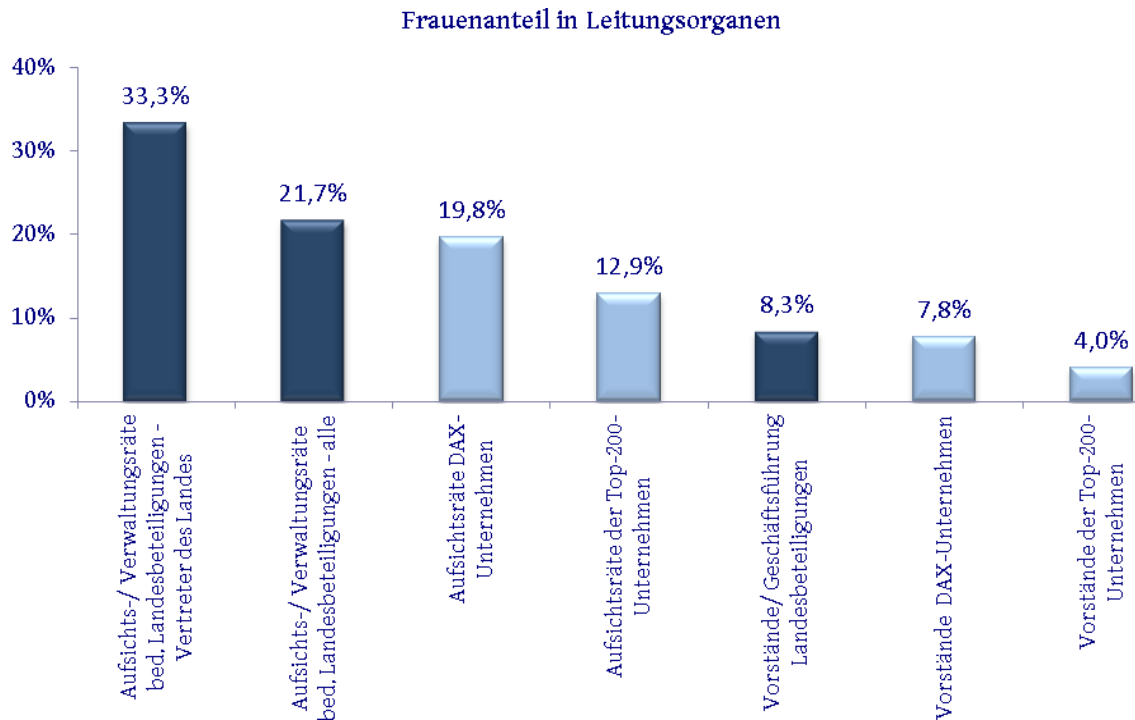
Die Zahl der Beschäftigten bei den Unternehmen mit bedeutender Landesbeteiligung hat sich in den vergangenen Jahren nur wenig verändert. Insgesamt arbeiteten 2011 in diesen Unternehmen außer der Geschäftsführung 20.700 Beschäftigte, davon 58,6 % Frauen. Rund ein Drittel der Beschäftigten arbeitet in Teilzeit, so dass sich ein Beschäftigungsvolumen von 17.480 Vollzeitäquivalenten ergibt. 807 Auszubildende hatten 2011 einen Ausbildungsvertrag bei einem dieser Unternehmen.

Beschäftigte bei bedeutenden Landesbeteiligungen



Die größten Arbeitgeber unter den bedeutenden Landesbeteiligungen sind das UKSH (11.287 Beschäftigte im Jahr 2011), die HSH Nordbank (4.265), Dataport (1.846) und die GMSH (1.284).

Bei den Führungspositionen achtet das Land auf eine zunehmend ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern. So liegt der Frauenanteil bei den vom Land bestellten Vertretern für die Aufsichts- oder Verwaltungsratsposten bei bedeutenden Landesbeteiligungen aktuell bei 33,3 % — im Vergleich zu 21,7 % unter allen Aufsichtsratsposten dieser Unternehmen, 19,8 % bei den 30 DAX-Unternehmen und nur 12,9% bei den 200 umsatzstärksten deutschen Unternehmen (ohne Finanzsektor) (Quelle: DIW 2013). Unter den 36 Geschäftsführern und Vorständen sind dagegen nur 3 Frauen, das entspricht einem Anteil von 8,3 % und ähnelt somit dem Frauenanteil bei DAX-Vorstandsposten. Der Anteil übersteigt aber den der Top-200-Unternehmen um das Doppelte.



Unternehmensdaten

AKN Eisenbahn AG



Rudolf-Diesel-Straße 2
 24568 Kaltenkirchen
 Telefon: 04191 / 93 39 33
 Fax: 04191 / 93 31 18
 Mail: info@akn.de
 Internet: www.akn.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Betrieb und der Erwerb von Eisenbahnen für den Personen- und Güterverkehr, die Einrichtung, der Betrieb und der Erwerb von Kraftfahrlinien und Verkehrsmitteln anderer Art für den Personen-, Gepäck- und Güterverkehr sowie der Abschluss von Geschäften, die unmittelbar oder mittelbar hiermit zusammenhängen.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der AKN	4.903.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	2.446.406	49,89
Freie und Hansestadt Hamburg	2.451.800	50,00
Streubesitz	5.394	0,11

Vorstand

Wolfgang Seyb

Aufsichtsrat

- Günther Meienberg (Vorsitzender), MWAVT
- Norbert Hogreve (stellvertretender Vorsitzender), BWVI
- Günter Elste, HHA
- Jutta Hartwig, Landrätin des Kreises Segeberg
- Dr. Annette Kersting, BWVI
- Michael Parge, AKN
- Arno Pooch, AKN
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM
- Holger Wilke, AKN

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2011 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 2.660 € gezahlt.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil AKN (in %)
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH und Co. KG	1.000	50,00
NBE nordbahn Eisenbahnverwaltungsgesellschaft mbH	25	50,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	88.281	87.088	83.963
Umlaufvermögen	12.761	18.444	14.721
Eigenkapital	13.652	13.652	13.633
Rückstellungen	27.372	26.544	24.281
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	21.372	21.274	20.409
Verbindlichkeiten	59.719	64.132	60.286
Bilanzsumme	101.534	106.037	99.145

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	16.381	15.189	15.090
sonstige betriebliche Erträge	12.063	6.122	6.607
Materialaufwand	17.394	13.377	13.496
Personalaufwand	13.274	13.951	15.020
Abschreibungen	5.778	5.511	5.370
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13.151	-16.034	-15.913
außerordentliche Aufwendungen	331	501	0
Erträge aus Verlustübernahme	13.532	16.586	15.961
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	283	300	300
davon			
Frauen	36	36	38
Männer	247	264	262
Auszubildende	12	11,5	13,5
Teilzeitbeschäftigte	12	11	12,5
Vollzeitäquivalente	279,7	297,3	296,4

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	10.647	12.784	6.589
davon Zuschüsse	2.937	4.186	1.882
Zugkilometer (in Mio.)	3,65	3,97	3,98
Beförderte Personen (in Mio.)	11,50	12,10	12,21
Kosten des Personenverkehrs/Zugkilometer (in €)	5,30	4,46	4,29
Pünktlichkeitsgrad (in %)	98,3	98,3	98,5

Geschäftsverlauf 2011

Die AKN konnte ihre Umsatzerlöse von 15.090 T€ im Jahr 2009 auf 15.189 T€ im Jahr 2010 und 16.381 T€ im Jahr 2011 steigern. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Verschmelzung der AKN mit der Tochtergesellschaft Schleswig-Holstein-Bahn (SHB), deren Verkehrsvertrag mit dem Land Schleswig-Holstein zum Betrieb der Strecke Neumünster - Heide - Büsum nach der Ausschreibung des befahrbaren Netzes und Vergabe an ein anderes Unternehmen nicht über den Dezember 2011 hinaus verlängert wurde. Folglich hat die SHB ihren Betrieb Mitte Dezember 2011 eingestellt und wurde in die AKN integriert.

Das Jahr 2011 war besonders geprägt durch den insgesamt 63 Tage andauernden Streik der Gewerkschaft der Lokomotivführer GDL. Das vorläufige Fahrgastaufkommen auf den Kernstrecken A1, A2 und A3 sank infolgedessen von 9,95 Mio. im Jahr 2010 auf 9,2 Mio. im Jahr 2011. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Ertragslage waren mit -0,4 Mio. € jedoch begrenzt.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Bruttoinvestitionen in Höhe von 10,6 Mio. € getätigt. Schwerpunkt war hierbei der zweigleisige Ausbau insbesondere in den Bauabschnitten zwischen der Landesgrenze Schleswig-Holstein/Hamburg und der Halstenbeker Straße in Hamburg. Weitere Investitionen wurden vorgenommen in die Erweiterung bzw. Erneuerung von signaltechnischen Anlagen und Sicherungen von Bahnübergängen sowie in die Installation von Weichenheizungen.

Die AKN hat sich im Rahmen der bestehenden Unternehmensstrategie zusammen mit der BeNEX über die NBE an der Ausschreibung „Netz Mitte“ des Landes Schleswig-Holstein beteiligt. Die

Ausschreibung umfasste den Schienenverkehr auf den Strecken HH Hbf. – NMS – KI/FL (Los A) und HH-Altona – Elmshorn – Itzehoe/Wrist (Los B). Das Los A wurde Anfang 2012 an die Regionalbahn S-H vergeben. Für das Los B erhielt die NBE im März 2012 den Zuschlag.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme konnte von -15.961 T€ im Jahr 2009 und -16.586 T€ im Jahr 2010 auf -13.532 T€ im Jahr 2011 verbessert werden. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch der Verkauf der Werkstatt sowie der Lokomotiven in Hamburg Billbrook, der zu einem einmaligen Anstieg der sonstigen Erträge in 2011 von rd. 3,3 Mio. € führte.

Aufgrund der Regionalisierungsvereinbarung zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wird das Jahresergebnis nicht nach Gesellschaftsanteilen, sondern nach territorialen Aspekten durch die Gesellschafter ausgeglichen. Aus dem Landeshaushalt ist 2011 ein auszugleichender Betrag von 12.587 T€ geflossen, gegenüber 12.353 T€ im Jahr 2010 und 12.002 T€ im Jahr 2009.

Ausblick

Im Bereich der Infrastruktur ist für 2012 ein Brutto-Investitionsvolumen von rund 17,9 Mio. € für den weiteren Ausbau von Streckenabschnitten sowie Erneuerungen bzw. Erweiterungen von Bahnübergängen vorgesehen. Schwerpunkt hierbei ist der zweigleisige Ausbau von der Halstenbeker Straße sowie von Quickborn Süd jeweils bis zur Landesgrenze Schleswig-Holstein / Hamburg.

Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Triebfahrzeugflotte müssen bis spätestens 2017 insgesamt 15 VTE-Doppeltriebwagen ersetzt werden. Die für die Beschaffung neuer Fahrzeuge erforderliche Ausschreibung ist im Jahr 2012 durchgeführt worden. Die Verhandlungen über die Zuschlagserteilung laufen noch.

Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendam 22

24103 Kiel

Telefon: 0431/59 38 - 0

Fax: 0431/59 38 - 160

E-Mail: info@bb-sh.de

Internet: www.bb-sh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und Durchführung von

- Ausfallbürgschaften für Kredite von Kreditinstituten, Bausparkassen, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft und Angehörige freier Berufe, Leasinggesellschaften und Versicherungsunternehmen, an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, des Gartenbaus, der Fischwirtschaft, Angehörige freie Berufe sowie Existenzgründer in Schleswig-Holstein.
- Garantien für Beteiligungen von Kapitalbeteiligungsgesellschaften an kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und freier Berufe in Schleswig-Holstein.

Voraussetzung ist, dass die Entwicklung und Förderung des zu begünstigenden Unternehmens betriebswirtschaftlich vertretbar und volkswirtschaftlich für Schleswig-Holstein erwünscht ist. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgt nicht. Es erfolgt stets ein revolvingender Einsatz der Mittel für die steuerbefreiten Zwecke der Wirtschaftsförderung.

Ferner ist die Bürgschaftsbank vom Land mit der Übernahme und Verwaltung von Sicherheits- und Gewährleistungen des Landes beauftragt (sog. Treuhandgeschäft).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der Bürgschaftsbank	3.995.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.149.000	28,76
DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank	471.000	11,79
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein	420.000	10,51
HSH Nordbank AG	402.000	10,06
Hamburger Sparkasse AG	287.000	7,18
UniCredit Bank AG	215.000	5,38
Commerzbank AG	201.000	5,03

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Deutsche Bank AG, Filiale Kiel	145.000	3,63
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	80.000	2,00
Kieler Volksbank eG, Raiffeisenbank Südstormarn Mölln eG, Schleswiger Volksbank eG Volksbank Raiffeisenbank, Volksbank eG, Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe, Volksbank-Raiffeisenbank im Kreis Rendsburg eG, VR Bank eG, VR Bank Flensburg – Schleswig eG, VR Bank Neumünster eG, VR Bank Ostholstein Nord-Plön eG, VR Bank Pinneberg eG	50.000	1,25
jeweils		
Raiffeisenbank eG Heide, Raiffeisenbank eG, Handewitt, Sylter Bank eG	25.000	0,63
jeweils		

Geschäftsführer

- Hans-Peter Petersen
- Dr. Gerd-Rüdiger Steffen

Aufsichtsrat:

- Andreas Steuck (Vorsitzender), UniCredit Bank AG
- Udo Hansen (stellvertretender Vorsitzender), Handwerkskammer Flensburg
- Dr. Jörn Biel, IHK zu Kiel
- Bettina Poullain, HASPA
- Jens Korczewski, Deutsche Bank AG
- Detlef Küfe, Bordscholmer Sparkasse
- Matthias Lau, VR Bank Neumünster eG
- Patrick Miljes, HSH Nordbank AG
- Johannes Grützner, MELUR
- Uwe Polkaehn, DGB Landesbezirk Nord
- Hans-Christian Schneider, DZ BANK Hannover
- Bernd Schriewer, MWAVT
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM
- Ulrich Wachholtz, Unternehmensverbände SH
- Stefan Witt, Volksbank Elmshorn

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2011 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 806 € gezahlt.

Beteiligungen	in €	in %
Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH	10.500	3,41

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz:	2011	2010	2009
Forderungen an Kreditinstitute	19.959	16.908	17.652
Forderungen an Kunden	959	924	1.391
Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere	80.198	82.646	83.348
Treuhandvermögen	1.677	1.718	3.017
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	25.005	27.780	32.594
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	2.550	758	1.155
Rückstellungen gesamt	40.234	40.113	37.090
Fonds für Bankrisiken	2.023	726	2.535
Eigenkapital bilanzrechtlich	36.824	36.711	36.340
Bilanzsumme	108.442	107.924	112.912
Eventualverbindlichkeiten	328.726	337.501	335.561
davon Rückbürgschaftengarantien Land	93.927	95.554	93.186

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Zinserträge gesamt	3.591	3.999	3.499
Zinsaufwand	309	467	571
Provisionserträge	5.654	5.498	5.360
Verwaltungsaufwand	3.612	4.413	4.610
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Forderungen	3.555	7.610	4.434
Abschreibungen/Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens	888	1.876	940

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Zuführung/Auflösung Fond für Bankrisiken	1.297	-1.809	1.020
Jahresergebnis	113	-1.951	125
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)			
Gesamtanzahl (Personen)	45	46	45
davon			
Frauen	22	23	23
Männer	23	23	22
Auszubildende	-	-	-
Teilzeitbeschäftigte	18	17	16
Vollzeitäquivalente	36,80	39,01	38,77
Kennzahlen			
Neugeschäft			
Anzahl Anträge	819	919	1.050
Anzahl Bewilligungen	588	659	736
Bürgschaftssumme in T€	64.000	68.000	83.000
Bewilligungsquote	72%	72%	70%
Ausfälle			
Kreditnehmer	107	119	108
Ausfälle in T€	8.621	12.293	7.915
davon BB-Anteil in T€	2.819	3.590	2.146
nachrichtlich: Anteil Land in T€	2.548	4.664	2.424
Bürgschafts- und Garantievolumen in T€	469.400	477.500	477.700
Anzahl Kreditnehmer	3.414	3.367	3.210
Eigenkapital gesamt gem. §10 KWG	40.139	37.639	39.158

Geschäftsverlauf 2011

Die Entwicklung im Neugeschäftsvolumen spiegelt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit umgekehrten Vorzeichen: Bei einer guten wirtschaftlichen Entwicklung werden Förderinstitute bei Unternehmensfinanzierungen weniger in Anspruch genommen. Die Abschlusszahlen in Stück und

Volumina sind weiterhin rückläufig und bewegen sich auf dem Niveau, welches vor der weltweiten Bankenkrise herrschte. Insgesamt wurden 2011 819 Anträge (2010: 919; 2007: 837) auf eine Bürgschaftsübernahme gestellt. Bewilligt wurden 588 Bürgschaften (2010: 659; 2007: 585) mit einer verbürgten Gesamtsumme von 64 Mio. € (2010: 68 Mio. €, 2007: 77 Mio. €). Erfreulich entwickelten sich die Ausfälle. Die von der Bank tatsächlich zu leistenden Ausfallzahlungen haben sich im Jahr 2011 (Anzahl: 107/ Volumen: 8.621 Mio. €) gegenüber 2010 (Anzahl: 119/ Volumen: 12.293 Mio. €) deutlich reduziert.

Nach einem stark durch Bewertungsfragen geprägten Jahr 2010, konnte 2011 wieder ein positives Jahresergebnis in Höhe von 113 T€ (2010: -1.951 T€) erzielt werden. Ausschlaggebend war dabei, dass durch den sukzessiven Wegfall der zinsverbilligten ERP-Darlehen die Kompensation durch die Anhebung der Bürgschaftsprovision zum 01.04.2011 von 1,3 % p. a. auf 1,6 % p. a. erfolgte. Trotz sinkenden Bürgschaftsbestands erhöhten sich dadurch die Provisionserträge von 5.498 T€ auf 5.654 T€. Bei sinkendem Zinsniveau verringerte sich der Ertrag aus dem Anlagegeschäft von 3.532 T€ auf 3.283 T€.

Das für Banken relevante Eigenkapital gemäß § 10 KWG erhöhte sich nach Feststellung des Jahresabschlusses (Stichtag ist jeweils der 30.06. des Folgejahres) von 37.639 T€ auf 40.139 T€.

Für die Abwicklung des Treuhandgeschäftes erhielt die Bürgschaftsbank aus dem Landeshaushalt eine Kostenvergütung in Höhe von 971 T€. Die Erfüllung von Rückbürgschafts- und Rückgarantieansprüchen der Bürgschaftsbank belastete den Landeshaushalt mit 2.152 T€. Zuschüsse für den operationalen Geschäftsbetrieb der Bürgschaftsbank wurden aus dem Landeshaushalt nicht geleistet.

Ausblick

Das Neugeschäft 2012 liegt nach einer ersten Prognose noch unter dem Vorjahresniveau. Im Gegensatz dazu scheint die Ausfallquote stabil geblieben zu sein. Da sich gerade der Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank durch eine hohe Volatilität innerhalb des Jahres auszeichnet, ist eine endgültige Aussage schwer zu treffen. Aufgrund der weggefallenen belastenden Sondereffekte wird für das Jahr 2012 ein Jahresergebnis über Vorjahresniveau erwartet.

Die für die Existenz der Bürgschaftsbank wichtigen Rückbürgschafts- und Rückgarantieverpflichtungen des Bundes und des Landes liefen zum Jahresende 2012 aus und sind mittlerweile bis Ende 2017 verlängert worden.

In einer weiteren Gesprächsrunde seitens des Bürgschaftsverbandes mit dem Bund wird weiterhin verhandelt, ob es eine Kompensation für die weggefallenen KfW-Mittel zur Refinanzierung aus Eigenmitteln geben wird. In der Gesamtkalkulation der Bürgschaftsbank ist eine neue Variante nicht eingeplant. Aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus für das Anlagegeschäft wäre eine Margenvergrößerung zur Refinanzierung eindeutig vorteilhaft. Ergebnisse aus den Gesprächen werden für 2013 erwartet.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist insgesamt geordnet.

Dataport AöR



Altenholzer Straße 10 – 14
 24161 Altenholz
 Telefon: 0431 / 32 95 – 0
 Fax: 0431 / 32 95 – 410
 Mail: info@dataport.de
 Internet: www.dataport.de

Unternehmensaufgabe

Dataport unterstützt die öffentlichen Verwaltungen im Land Schleswig-Holstein, einschließlich der Kommunalverwaltungen, und weitere Träger durch Informations- und Kommunikationstechniken. Die Anstalt fungiert insbesondere als zentrale IT-Dienstleisterin des Landes Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen. Für die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ist Dataport im Bereich der IT-Unterstützung der Steuerverwaltung tätig; für das Land Niedersachsen ist weitere IT-Unterstützung durch Dataport möglich, wenn der Verwaltungsrat die Zustimmung erteilt. Dataport unterstützt die Träger im Bereich Druck durch das an mehreren Standorten betriebene Druckzentrum; für Mecklenburg-Vorpommern gilt dies nur für den Bereich Data Center Steuern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital	43.500.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	7.500.000	17,24
IT-Verbund S-H	7.500.000	17,24
Freie und Hansestadt Hamburg	15.000.000	34,48
Land Niedersachsen	7.500.000	17,24
Land Mecklenburg-Vorpommern, Freie Hansestadt Bremen	3.000.000	6,90
jeweils		

Vorstand

- Dr. Johann Bizer (Vorstandsvorsitzender)
- Claudia Güsken

- Andreas Reichel

Verwaltungsrat

- Hans-Henning Lühr (Vorsitzender), SF Bremen
- Jens Lattmann (stellvertretender Vorsitzender), FB Hamburg
- Peter Bäumer, FM Mecklenburg-Vorpommern
- Jörg Bülow, SHGT
- Helge Carstensen, Dataport-Personalrat
- Frank Doods, FM Niedersachsen
- Jan-Christian Erps, SHLT
- Wolfgang Golasowski, SUBV Bremen
- Manfred Goralsky-Rugenstein, Dataport-Personalrat
- Bernd Küpperbusch, IM Schleswig-Holstein
- Thomas Losse-Müller, FM Schleswig-Holstein
- Andreas Pohlmann, FM Niedersachsen
- Harald Rösler, Bezirksamt Hamburg-Nord
- Dr. Michael Voges, BSB Hamburg

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen:	Stammkapital (in T€)	Anteil Dataport (in %)
kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH	1.500	33,3

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	143.709	115.831	164.968
Umlaufvermögen	54.673	65.597	63.109
Eigenkapital	63.123	54.330	53.641
davon			
gezeichnetes Kapital	43.500	43.500	36.000
ausstehende Einlagen	0	7.500	0
Rücklagen	18.632	17.985	13.340
Rückstellungen	64.738	58.404	115.617
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	50.044	41.837	94.520
Verbindlichkeiten	51.172	45.613	41.831
Bilanzsumme	209.473	186.420	233.698

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	316.500	294.745	281.920
Materialaufwand	143.546	137.050	123.880
Personalaufwand	104.944	96.107	93.272
Abschreibungen	31.568	28.291	25.588
sonstige betriebliche Aufwendungen	34.702	34.381	36.146
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.438	2.260	811
Jahresergebnis	1.293	689	6.451

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	1.846	1.781	1.720
davon			
Frauen	546	508	490
Männer	1.203	1.167	1.139
Auszubildende	97	106	91
Teilzeitbeschäftigte	266	270	267
Vollzeitäquivalente	1.766	1.693	1.626

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	56.912	32.662	26.557
Eigenkapitalquote (in %)	30,1	29,1	23,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus Investitionstätigkeit	38.659 (56.860)	47.420 (35.132)	39.941 (30.687)
Sachanlagenintensität (in %)	43,7	42,0	45,7
Personalintensität (in %)	33,0	32,5	34,6

Geschäftsverlauf 2011

Dataport konnte seine Umsätze im Jahr 2011 gegenüber den Vorjahren erneut steigern. Seinen finanziellen Verpflichtungen konnte Dataport aus eigenen Mitteln nachkommen. Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist als zufriedenstellen zu beurteilen.

Um die IT-Bedarfe seiner Trägerländer auch in Zukunft sicher decken zu können, hat Dataport mit Zustimmung des Verwaltungsrates den Bau und Betrieb von zwei neuen Rechenzentren in Norderstedt und Hamburg-Alsterdorf in Auftrag gegeben. Der Auftrag ging nach einem europaweiten Vergabeverfahren an die akquinet outsourcing gGmbH (akquinet), einer Tochtergesellschaft des IT-Beratungsunternehmens akquinet AG und der Evangelischen Stiftung Alsterdorf. Das Unternehmen betreibt Rechenzentren in Hamburg und Itzehoe und fördert insbesondere die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Die beiden neuen Rechenzentren dienen u.a. als gegenseitiges Back-Up. Auch Aspekte der Green-IT werden berücksichtigt, z.B. Heizung des Gebäudes durch die beim Betrieb der Rechenzentren entstehende Abwärme.

Aus dem Landeshaushalt sind in 2011 insgesamt rund 73.700 T€ für die Erbringung von Dienstleistungen an Dataport geflossen, davon rund 69.100 T€ an Erlösen.

Ausblick

Im Jahr 2011 wurde von 42 schleswig-holsteinischen Kommunen das gemeinsame Kommunalunternehmen IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (ITVSH) gegründet. Das Land Schleswig-Holstein hat zum 01.01.2012 den bisher für die Kommunen treuhänderisch gehaltenen Anteil von 17,24 % des Stammkapitals (= 7,5 Mio. €) an die ITVSH übertragen, welches infolgedessen eigene Trägerin von Dataport ist. Die Gründung bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Positionierung im Kommunalmarkt.

Im Jahr 2012 begannen die Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt, welches sein Interesse bekundet hat, Dataport als weiterer Vollträger beizutreten. Die Verhandlungen über den (rückwirkend) zum 01.01.2013 geplanten Beitritt dauern noch an und befinden sich auf einem positiven Weg. Damit wird Dataport als zentraler länderübergreifender Dienstleister für die öffentliche Verwaltung noch weiter gestärkt.

Der Aufwand für den Bau der beiden neuen Rechenzentren ist als Vorleistung für einen zukunftsfähigen, sicheren und kostengünstigen Rechenzentrumsbetrieb zu sehen. Dies führt in den Jahren 2012 bis 2015 zwar zu Verlusten, jedoch werden ab dem Jahr 2016 Synergieeffekte erwartet, von denen alle Träger Dataports profitieren werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bedarf an qualifizierter IT-Unterstützung in den Verwaltungen weiter steigen und damit auch der Bedarf an Unterstützung durch Dataport zunehmen wird.

DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH



Zimmerstraße 54
10117 Berlin

Telefon: 030 / 20 24 3 – 0

Fax: 030 / 20 24 3 – 291

Mail: info@deg.es.de

Internet: www.deg.es.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Die Beauftragung erfolgt jeweils auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der DEGES	51.500	100,00
davon		
Bundesrepublik Deutschland	18.200	35,38
Land Schleswig-Holstein	3.700	7,18
Land Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Mecklenburg-Vorpommern, Freistaat Sachsen, Land Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen, Land Hessen	3.700	7,18
jeweils		

Vorstand

- Dirk Brandenburger
- Bodo Baumbach

Aufsichtsrat

- Prof. Dr. Josef Kunz (Vorsitzender), BMVBS
- Dr. Rüdiger Kratzenberg (stellvertretender Vorsitzender), BMVBS
- Lutz Irmer (stellvertretender Vorsitzender), TMBLV Thüringen
- Karl-Hermann Fahsel, MLV Sachsen-Anhalt
- Wolfgang Golasowski, SUBV Bremen
- Michael Harting, BMVBS
- Günther Hermann, HMWVL Hessen
- Martin Huber, BWVI Hamburg
- Günther Meienberg, MWAVT Schleswig-Holstein
- Egbert Neumann, MIL Brandenburg
- Bernd Sablotny, SMWA Sachsen
- Wolfgang Suhr, BMF
- Ina-Maria Ulbrich, EM Mecklenburg-Vorpommern
- Volkmar Vogel, MdB

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2011 Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 4.806,22 € gezahlt.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	1.903	1.440	1.231
Umlaufvermögen	393.086	362.511	347.972
Eigenkapital	85	80	75
davon			
gezeichnetes Kapital	52	52	52
Gewinnrücklage	19	19	19
Gewinnvortrag	10	5	0
Jahresüberschuss	5	5	5
Rückstellungen	3.922	3.436	3.591
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	451	435	871
Verbindlichkeiten	391.292	360.750	405.556
davon gegenüber Gesellschaftern	388.294	357.074	401.033
Bilanzsumme	395.299	364.266	409.222

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	32.728	50.091	59.300
Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	20.690	15.984	12.762
Materialaufwand	28.832	42.870	25.613
Personalaufwand	18.355	17.398	16.009
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.449	6.629	5.110
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	101	189	69
Jahresergebnis	5	5	5

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	232	232	212
davon			
Frauen	96	94	81
Männer	136	138	131
Auszubildende	2	2	1
Teilzeitbeschäftigte	18	17	10
Vollzeitäquivalente	228	223	208

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	754	772	762

Auftragsbestand	2011			2010			2009		
	Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €		Länge / Anzahl in km	Auftragsvolumen in Mio. €	
		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen		gesamt	davon offen
VDE-Projekte	1.250,4	10.738,5	1.440,6	1.250,4	10.486	1.385,9	1.221	9.781,2	821,6
Straßenprojekte außerhalb VDE	684,4	4.458,9	2.876,5	670,4	4.464,1	3.054,3	596,6	3.149,9	2.017,5
Summe Straßenprojekte	1.934,8	15.197,4	4.317,1	1.920,8	14.950,1	4.440,3	1.817,6	12.931,1	2.839,1
City-Tunnel Leipzig	4,2	666,3	128,9	4,2	666,3	153,7	4,2	640	149,3
Wasserstraßenprojekte	1 Brückenbauwerk	5,5	4,2	4 Brückenbauwerke	21,2	20,3	4 Brückenbauwerke	22,5	22
Gesamtsumme		15.869,2	4.450,2		15.637,6	4.614,3		13.593,6	3.010,4

Geschäftsverlauf 2011

Die DEGES konnte ihr Auftragsvolumen bei den Straßenprojekten im Jahr 2011 um rund 2 % gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Es wurde ein Jahresüberschuss von 5.150 € ausgewiesen. Damit wurde, wie bereits auch in den Vorjahren, eine zehnpromtente Verzinsung des von den Gesellschaftern eingezahlten Stammkapitals erreicht.

Die Leistungen der DEGES werden grundsätzlich in zwei Teilleistungen erbracht. Die erste Teilleistung umfasst die Bauplanung und Baudurchführung bis zur Verkehrsfreigabe. Die zweite Teilleistung umfasst die verwaltungsmäßige Übergabe der einzelnen Verkehrsabschnitte. Im Geschäftsjahr 2011 konnten bei den VDE-Projekten erstmals Leistungen der Teilleistung 2 abgerechnet werden.

Die DEGES wurde vom Land Schleswig-Holstein mit der zeit- und sachgerechten Realisierung des Projektes „Sechsstreifiger Ausbau der A 7 vom Autobahndreieck Bordesholm bis zur Landesgrenze SH/HH (Anschlussstelle Schnelsen-Nord)“ als A-Modell (Betreibermodell) beauftragt. Der Ausbau umfasst eine Strecke von rd. 60 km mit einem Gesamtvolumen von rd. 280 Mio. € für Bau und Grunderwerb.

Die DEGES hat im Jahr 2011 rund 4,1 Mio. € aus dem Landeshaushalt erhalten. Davon entfallen rund 2,0 Mio. € auf Grunderwerb und Bau sowie 2,1 Mio. € auf die Erstattung von Verwaltungskosten einschließlich Ingenieursleistungen.

Ausblick

Die DEGES wird den Fokus ihres Handelns u. a. auf die weitere Akquisition neuer Gesellschafter und Projekte richten. Dies entspricht den mittel- und langfristigen Zielen, die im März 2009 vom Aufsichtsrat für die Gesellschaft beschlossen wurden. Gleichzeitig erfolgt die weitere zügige Realisierung und Abrechnung der an die DEGES übertragenen Projekte.

Der Ausbau der A 7 ist in sechs Bauabschnitte eingeteilt. Für vier Bauabschnitte liegen die Planfeststellungsbeschlüsse vor, die verbleibenden zwei werden bis zum 30.04.2013 erwartet. Im Dezember 2011 erfolgte der Start für das EU-weite Vergabeverfahren. Im vierten Quartal 2012 wurden an die präqualifizierten Bieter die Angebotsunterlagen verschickt. Ziel ist die Vergabe im ersten Quartal 2014, so dass im zweiten Quartal 2014 der Baubeginn erfolgen könnte. Als Bauzeit sind vier Jahre angesetzt.

Eichdirektion Nord AöR



Düppelstraße 63

24105 Kiel

Telefon: (04 31) 9 88 - 44 50

Telefax: (04 31) 9 88 - 44 59

E-Mail: eichdirektion@ed-nord.de

Internet: www.eichdirektion-nord.de

Unternehmensaufgabe

Der Eichdirektion Nord (EDN) obliegen die nach dem Eichgesetz und die nach dem Gesetz über Einheiten im Messwesen sowie der jeweils darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführenden Aufgaben des gesetzlichen Messwesens soweit sie die drei Anstaltsträger durch Rechtsverordnung auf die EDN übertragen haben. Die Eichdirektion Nord erbringt im hoheitlichen Auftrag Dienstleistungen in Form von Prüfungen von Messgeräten im Handel, im Straßenverkehr und in Bereichen des Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzes.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EDN	2.610.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	1.250.000	47,89
Freie und Hansestadt Hamburg	530.000	20,31
Mecklenburg-Vorpommern	830.000	31,80

Geschäftsführung

- Dr. Herbert Weit, technischer Vorstand und Vorstandsvorsitzender
- Gerd Hansen, kaufmännischer Vorstand

Verwaltungsrat

- Frank Hunsrügge (Vorsitzender), MWAVT
- Verena Krüger (stellv. Vorsitzende), MWBT M-V
- Dorothea Werk-Dorenkamp, BWVI HH
- Katrin Buskase, FM M-V
- Annette Petersen, FM
- Rolf Bergmann, Personalvertreter der Eichdirektion Nord
- Markus Casper, BWVI HH

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	1.950	1.990	2.186
Liquide Mittel	1.902	1.326	701
Eigenkapital	3.401	3.401	3.401
Forderungen davon gegen Anstaltsträger	14.526 14.052	13.956 13.508	13.126 12.720
Rückstellungen für Pensionen u. ä.	14.060	13.169	12.126
Bilanzsumme	20.678	19.579	18.436

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	6.361	6.034	6.140
Erträge aus Verlustübernahme durch die Länder davon vom Land Schleswig-Holstein	353 89	481 140	475 273
Materialaufwand	47	76	59
Personalaufwand	4.441	4.384	4689
Abschreibungen	407	418	420
Jahresergebnis	0	0	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	99	100	99
davon			
Frauen	17	18	17
Männer	82	82	82
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	4	4	4
Vollzeitäquivalente	96,48	97,81	97,68
Kennzahlen	2011	2010	2009
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	937	843	154

Geschäftsverlauf 2011

Die Ertragslage im operativen Bereich hat sich auf Grund organisatorischer Maßnahmen, durch Sondereffekte (einmaliger Großauftrag für die Ersteinigung von Elektrizitätszählern) sowie witterungsbedingt bessere Arbeitsbedingungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert.

Bei den im Jahr 2011 niedrigeren Materialkosten zeigen sich die typischen geschäftsbedingten zyklischen Schwankungen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind ebenso wie bei den Erträgen einmalige Sondereffekte zu verzeichnen. Diese resultieren aus Rückbaukosten bei der Schließung von Standorten, Nachzahlungen für Mieten und insbesondere Bewirtschaftungskosten sowie Umzugskosten.

Die Erträge aus der Verlustübernahme sind aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung gesunken. Im Geschäftsjahr sind 89 T€ Zuschüsse als Verlustausgleich aus dem Landeshaushalt an die EDN geflossen.

Ausblick

Die weitere organisatorische Optimierung und Ausnutzung der Möglichkeiten einer über drei Ländergrenzen hinweg arbeitenden EDN wird weiterhin systematisch mit dem Ziel der Effizienzverbesserung und Kompetenzsteigerung bei gleichzeitiger Kostensenkung verfolgt.

Die avisierte Novellierung des Eichrechts lässt eine Beibehaltung der gebührenpflichtigen Eichung im Rahmen der Regelüberwachung sowie eine Erhöhung der Gebühren erwarten. Diese Entwicklung gibt der EDN eine gegenüber den Vorjahren deutlich bessere Planungssicherheit bei Personal- und Sachentscheidungen.

EKSH Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH



Boschstraße 1
24118 Kiel
Telefon: 0431 9805-800
Fax: 0431 9805-888
Mail: info@eksh.org
Internet: www.eksh.org

Unternehmensaufgabe

Als gemeinnützige Einrichtung fördert die EKSH Wissenschaft und Forschung im Bereich Energie, Umweltschutz einschließlich Wissenschaft und Forschung und die Bildung im Bereich Energie sowie Klima- und Umweltschutz.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der EKSH	75.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	33,33
E.ON Hanse AG	25.000	33,33
Hochschul-GbR / EKSH gGmbH	25.000	33,33

Geschäftsführung

- Prof. Dr. Hans-Jürgen Block
- Stefan Brumm

Gesellschafterversammlung

- Prof. Dr. Birgit Friedl (Vorsitzende), CAU Kiel
- Udo Bottländer (stellv. Vorsitzender), E.ON Hanse AG
- Dr. Ingrid Nestle, MELUR
- Dr. Hans-Hartmut Euler, MWAVT
- Dr. Heike Bille, FH Flensburg
- Matthias Boxberger, E.ON Hanse AG

Beteiligungen

Keine

Ausblick

Das Land verspricht sich durch die EKSH eine aktive Begleitung und Flankierung zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Da jedoch der finanzielle Spielraum der EKSH endlich ist – er basiert auf dem Verzehr des von der ISH übernommenen Vermögens – sind Wege für die Einwerbung von zusätzlichen Mitteln zu finden.

Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein GmbH



Friedensallee 14 – 16

22765 Hamburg

Telefon: 040 / 39 83 7 – 0

Fax: 040 / 39 83 7 – 10

Mail: info@ffhsh.de

Internet: www.ffhsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand der FFHSH ist die Entwicklung, Pflege und Stärkung der Filmkultur und Filmwirtschaft in Hamburg und Schleswig-Holstein durch insbesondere die Förderung von Erfolg versprechenden Film- und Fernsehprodukten aller Genres sowie durch die Erbringung von Dienstleistungen, die zur Erreichung der Förderziele notwendig sind.

Die Förderung umfasst Maßnahmen zur finanziellen Förderung der Projektentwicklung, der Produktionsvorbereitung und der Produktionsdurchführung, der Postproduktion, des Abspiels, Verleihs und Vertriebs von Filmproduktionen.

Zu den Dienstleistungen gehört u. a. auch der Betrieb der Filmwerkstatt in Kiel mit den Mitteln der Zuwendung gemäß § 55 Abs. 4 Nr. 2 b des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein in der jeweils geltenden Fassung (Medienstaatsvertrag HSH).

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der FFHSH	25.600	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.450	25,20
Freie und Hansestadt Hamburg	19.150	74,80

Geschäftsführung

Eva Hubert

Aufsichtsrat

- Dr. Nikolas Hill (Vorsitzender), KB HH
- Dr. Pit Hosak (stellv. Vorsitzender), KB HH
- Susanne Bieler-Seelhoff, MJKE
- Marlies Kieft, Unternehmerin
- Helga Mauersberger, Medienberaterin
- Sabine Rossbach, NDR
- Markus Trebitsch, Produzent
- Prof. Dr. Friedrich-Karl Wachs, Hochschullehrer
- Peter Weber, ZDF

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in €)	Anteil FFHSH (in %)
Filmfest Hamburg gGmbH	25.600	100,00
Media Desk Informationsstelle für europäische Filmförderung GmbH	25.565	100,00

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	113	126	104
Forderungen gegen die FHH	6.983	7.603	7.233
Liquide Mittel	8.000	7.127	5.204
Eigenkapital	26	26	26
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	87	100	79
sonstige Rückstellungen	10.466	11.771	8.715
davon			
für Förderverpflichtungen	7.410	9.496	7.381
für Förderverpflichtungen Filmwerkstatt	170	113	113
für nicht verbrauchte Fördermittel	1.928	154	300
Verbindlichkeiten aus Filmförderung	4.755	3.351	3.866
Bilanzsumme	15.394	15.276	12.872

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Erträge aus Zuwendungen	11.222	11.501	11.749
davon			
FHH	8.101	8.871	9.251
Land SH	145	140	---
MA HSH ¹	434	60	---
Rundfunkgebührenmittel	2.100	2.100	2.100
Sonstige betriebliche Erträge	3.921	4.133	3.108
davon Fördermittel NDR / ZDF	2.000	2.000	1.500
Aufwendungen für Filmförderung	12.509	12.818	12.130
Personalaufwand	1.060	1.006	989
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.585	1.806	1.670
Jahresergebnis	0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen, kumuliert)	24	22	21
davon			
Frauen	17	15	15
Männer	7	7	6
Auszubildende	1	1	1
Teilzeitbeschäftigte	4	4	4
Vollzeitäquivalente	19,2	17,9	17,9
Kennzahlen	2011	2010	2009
Zahl der geförderten Projekte	188	157	162
Auszeichnungen für geförderte Filme	85	63	36
Drehtage (gesamt)	2.301	2.289	2.193
Regionaleffekt (in %)	224	207	210

¹ Anteilige Zuführung aus einer Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 928 T€ von nicht verwendeten Rundfunkgebührenmitteln für die Jahre 2010 bis 2012.

Geschäftsverlauf 2011

Die Region Hamburg/Schleswig-Holstein ist mittlerweile als einheitlicher Produktionsraum für Medien fest etabliert. Die von der Film Commission der FFHSH betreuten Produktionen drehten im Geschäftsjahr 2011 an insgesamt 2.301 Tagen in Hamburg (1.410 Tage) und Schleswig-Holstein (891 Tage), womit das hohe Niveau im Vergleich zum Vorjahr (HH: 1.423, SH: 866) gehalten bzw. leicht gesteigert werden konnte.

Die kalkulierten Ausgaben für die geförderten Kino- und TV-Filme lagen im Geschäftsjahr 2011 bei 20.600 T€, was einem Regionaleffekt von 224 % entspricht (2010: 207 %).

34 Filme hatten im Geschäftsjahr 2011 ihren Kinostart und 35 Produktionen ihre TV-Erstaussstrahlung. 89 Filme liefen auf 117 nationalen und internationalen Festivals. 8 Filme liefen in nationalen, 8 Filme in internationalen Wettbewerben.

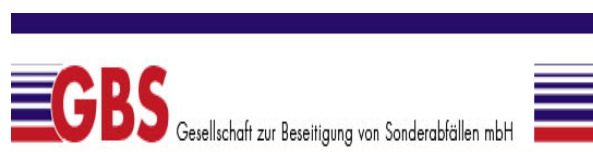
Die FFHSH finanziert sich nahezu ausschließlich über Fördermittel. Neben der institutionellen Förderung der FHH in Höhe von 8.101 T€ sind der FFHSH 2011 entsprechend den Festlegungen des Medienstaatsvertrages HSH insgesamt 2.100 T€ aus dem Rundfunkgebührenanteil der beiden Länder zugeflossen. Hiervon wurden 1.800 T€ für die Förderung von Film- und Fernsehproduktionen verwendet abzüglich eines Anteils für Betriebs- und Personalkosten und die Beratung von Produktionsunternehmen. 300 T€ sind für die Filmwerkstatt Kiel einschließlich der Förderung von Filmfestivals in Schleswig-Holstein vergeben worden. Die Beiträge des NDR und des ZDF an den Fördermitteln belaufen sich weiterhin auf jeweils 1.000 T€ jährlich.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass aus dem Landeshaushalt ein Betrag in Höhe von 145 T€ in das Unternehmen geflossen ist. Mit diesem Betrag beteiligte sich das Land Schleswig-Holstein an den Betriebs- und Personalkosten der Filmwerkstatt Kiel.

Ausblick

Die im Jahr 2011 vorgenommene Kürzung des Festbetrags der Fördermittel um 400 T€ durch die FHH blieb auch für das Geschäftsjahr 2012 erhalten. Für 2012 standen zu Ausgleichszwecken jedoch noch 434 T€ aus einer Einmalzahlung aus Rundfunkgebührenmitteln zu Verfügung, so dass die Kürzung der Fördermittel durch die FHH auch im Geschäftsjahr 2012 kompensiert werden konnte. Ab dem Geschäftsjahr 2013 verbleibt der Fördermitteletat der FFHSH insgesamt auf dem bisherigen Niveau, da sich eine Zuwendung aus Rundfunkgebührenmitteln nach Maßgabe des Medienstaatsvertrages HSH ab 2013 um 400 T€ jährlich erhöht.

Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen mbH



Holstenbrücke 8-10

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 98 26 59 – 211

Fax: 0431 / 98 26 59 – 210

Mail: gbs@sad-rondeshagen.de

Internet: www.sad-rondeshagen.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der GBS ist die Förderung des Umweltschutzes durch Planung, Errichtung und Betrieb von Abfallbeseitigungsanlagen für solche Abfälle, die wegen ihrer Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können und deshalb einer besonderen Anlage bedürfen (Sonderabfälle). Die GBS betreibt die einzige vollständig eingebaute Deponie für Sonderabfälle in Deutschland auf einem 22,24 ha großen Gelände bei Lübeck.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GBS	25.565	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	12.782	50,00
HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH, Hamburg	12.782	50,00

Geschäftsführung

Hans-Joachim Berner

Aufsichtsrat

- Roland Kübitz-Schwind (Vorsitzender), MELUR
- Dr. Manfred Schuldt (stellv. Vorsitzender), BSU HH
- Petra Bödeker-Schoemann, HGV
- Dr. Heribert Dernbach, BSU HH
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Dr. Christiane Sorgenfrei, FM

Ohne Stimmrecht:

- Andreas Albrecht, Gemeinde Rondeshagen
- Dr. Carl-Heinz Schulz, Kreis Herzogtum Lauenburg

Die Aufsichtsratsvergütung betrug im Geschäftsjahr 2011 570,00 €

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	7.599	8.208	8.385
Liquide Mittel	14.003	13.523	13.966
Eigenkapital	13.121	13.736	13.642
langfristige Rückstellungen	8.509	7.938	7.461
davon			
für Rekultivierung	3.933	3.638	3.462
für Hallendemontage	462	390	371
für Nachsorge	4.114	3.910	3.628
Bilanzsumme	22.027	22.239	22.934

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	2.044	1.404	1.321
Materialaufwand	801	664	813
Personalaufwand	466	447	443
Abschreibungen	677	331	227
davon verfüllmengenbedingt ²	636	291	197
Jahresergebnis	-615	-539	313

² Das Deponiegrundstück, das Betriebsgelände, die Polder und unmittelbar dem Deponiekörper zuzurechnende Anlagen und Maschinen werden entsprechend § 7 Abs. 6 EStG nach dem Verfüllvolumen abgeschrieben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	7	7	7
davon			
Frauen	1	1	1
Männer	6	6	6
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	2	2	2
Vollzeitäquivalente	6,0	6,0	6,0

Kennzahlen	2011	2010	2009
Einlagerungsmenge (in t)	34.192	17.905	11.351
Restvolumen (in m ³)	108.268	126.950	137.950 ³
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	525	-394	755

Geschäftsverlauf 2011

Im Jahr 2011 setzte sich die uneinheitliche Entwicklung des Marktes fort. Während Sonderabfälle aus Industrie und Gewerbe nur geringfügig zunahmen, waren Sonderabfälle aus Sanierungsvorhaben in erheblicher Menge vorhanden. Die GBS konnte mit 34.192 t ihr jährliches Einlagerungsziel von 35.000 t fast erreichen.

Das Jahresergebnis fällt mit -615 T€ schlechter als im Vorjahr aus (-539 T€). Dies liegt auch an höheren Abschreibungen, die für Sachanlagen entsprechend §7 Abs. 6 EStG leistungsbezogen in Abhängigkeit des Verfüllungsgrades der Deponie bemessen werden. Die Zunahme der Einlagerungsmenge im Vergleich zum Vorjahr führte in 2011 somit zu einem erhöhten Abschreibungsaufwand von 677 T€.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GBS geflossen.

Ausblick

Inwieweit tatsächliche Mengen an Sondermüll durch die GBS am Markt akquiriert werden können, ist aufgrund der Abhängigkeit vom Spotmarkt fortlaufend schwer prognostizierbar. Der Geschäftsführer geht davon aus, dass die jährliche Zielmenge von 35.000 t im Geschäftsjahr 2012 aufgrund schwieriger Marktbedingungen um bis zu 10.000 t unterschritten wird. Die Umsatzerlöse liegen nach Angaben der Geschäftsführung dagegen im Plan.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet. Wesentlich ist, dass das Unternehmen den 30jährigen Nachsorgezeitraum finanzieren kann – nach heutigem Kenntnisstand ist dies gesichert.

³ Das höhere Verfüllvolumen ergibt sich durch die Hallendacherhöhung bei Polder I a.

GMSH

Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR



Gartenstraße 6

24105 Kiel

Telefon: 0431 / 599-0

Fax: 0431 / 599-1188

Mail: mail@gmsh.de

Internet: www.gmsh.de

Unternehmensaufgabe

Die GMSH ist das Organ des Landes und des Bundes für die Wahrnehmung staatlicher Bauherren- und Planungsaufgaben. Darüber hinaus ist die GMSH mit der Bewirtschaftung sowie der Koordination der Bedarfsdeckung – insbesondere der Verwaltungsliegenschaften des Landes – betraut. Weiterhin ist die GMSH im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes im eigenen Namen zuständig für die Abwicklung der notwendigen Beschaffungen für Landesbehörden.

Die GMSH kann Bau-, Bewirtschaftungs- und Beschaffungsleistungen im Rahmen ihres Hoheitsbetriebes auch für die Hoheitsbereiche sonstiger Träger der öffentlichen Verwaltung erbringen.

Die GMSH ist darüber hinaus als Betrieb gewerblicher Art auch für öffentliche Einrichtungen tätig, soweit diese nicht hoheitlich agieren, sowie für private Einrichtungen, an denen Träger der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich beteiligt sind oder die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der GMSH	8.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	8.000.000	100,00

Geschäftsführung

Hans-Adolf Bilzhause

Verwaltungsrat

- Thomas Losse-Müller (Vorsitzender), FM
- Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer (stellvertretender Vorsitzender), MJKE
- Rolf Fischer, MBW
- Bernd Küpperbusch, IM
- Dagmar Streich, BMVBS

Vergütungen oder Sitzungsgelder werden nicht gezahlt.

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	3.226	13.607	13.814
Umlaufvermögen	101.073	125.262	117.351
Eigenkapital	14.504	14.736	14.171
davon			
gezeichnetes Kapital	8.000	7.680	7.680
Rücklagen	6.160	6.481	6.481
Bilanzgewinn	343	576	557
Rückstellungen	78.763	74.672	69.574
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	61.238	56.411	51.776
Verbindlichkeiten	11.647	50.008	47.419
Bilanzsumme	139.416	104.914	131.710

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	68.972	63.647	59.395
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-40.450	999	3.752
sonstige betriebliche Erträge	77.450	54.908	48.899
Materialaufwand	26.016	46.332	45.437
Personalaufwand	66.831	58.181	56.215
Abschreibungen	1.426	1.492	1.141
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.3227	9.952	10.021
Zinsen und ähnliche Erträge	2.144	2.095	1.005
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	289	2.273	239
außerordentliche Aufwendungen	496	2.205	0

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Steuern	26	48	48
Jahresergebnis	-233	19	191
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum 31.12.)			
Gesamtanzahl (Personen)	1.284	1.282	1.266
davon			
Frauen	552	554	560
Männer	732	728	706
Auszubildende	31	25	24
Teilzeitbeschäftigte	301	283	280
Vollzeitäquivalente	1128,9	1.119,5	1.048,6
Kennzahlen			
Bausgabevolumen Bundesbau	91.900	119.900	97.100
Bausgabevolumen Landesbau	144.700	133.800	103.400
Bewirtschaftete Liegenschaften (per 31.12.)	503	492	490
Verwaltete Drittmietverträge (per 31.12.)	652	578	466
Beschaffungen im eigenen Namen (in T€)	26.200	21.400	21.700
Aufschreibungen im fremden Namen	1.026	869	938

Geschäftsverlauf 2011

Für die Geschäftsbereiche Bundes- und Landesbau war im Jahr 2011 die Abwicklung des Konjunkturprogramms II (KP II) prägend. Es ist der GMSH gelungen, alle Maßnahmen gemäß den zeitlichen Vorgaben des Programms bis zum Ende des Jahres vollständig abzuschließen.

Im Bundesbau wurden in Erwartung der Stationierungsentscheidung des Bundesministeriums für Verteidigung zahlreiche Planungen und Maßnahmen zurückgezogen bzw. ausgesetzt, was zu einem Rückgang des Bauvolumens führte. Auf Grund der Stationierungsentscheidung, die im 4. Quartal 2011 erfolgte, wird es zu einer Verlagerung der baulichen Schwerpunkte bei Baumaßnahmen des Bundes zwischen den Standorten der GMSH kommen. Das Aufgabenvolumen für die GMSH wird jedoch zunächst nicht abnehmen, weil zur Umsetzung der Stationierungsentscheidung erhebliche vorlaufende Untersuchungen und Planungsleistungen erforderlich sind.

Im Geschäftsbereich Landesbau ist der wegen der Konsolidierungsbemühungen des Landes erwartete Aufgabenrückgang nicht eingetreten. Die Bauausgaben lagen mit 145 Mio. € leicht über dem ursprünglich erwarteten Wert und übertraf selbst ohne die KP II-Maßnahmen das Bauvolumen des Vorjahres um 3 Mio. €

Im Geschäftsbereich Gebäudebewirtschaftung waren als Folge der zum 01.01.2011 eingetretenen Umstellung der Aufgabenwahrnehmung, die bis zum 31.12.2010 als Betrieb gewerblicher Art und durch Änderung des GMSH-Gesetzes nunmehr in Organleihe erfolgt, zahlreiche Anpassungen erforderlich. Ein weiterer Schwerpunkt lag darüber hinaus bei der Betriebsführung der technischen Anlagen und in der Übernahme der Wartung der technischen Anlagen in den Justizvollzugsanstalten.

Der Geschäftsbereich Beschaffung hat neben den originären Aufgaben der Beschaffung die Einführung der elektronischen Vergabe, die eine mit geringem Aufwand verbundene rechtssichere Beteiligung von Unternehmen an den Vergabeverfahren der GMSH ermöglicht, weitgehend abgeschlossen. In enger Abstimmung mit den Organisationen der Wirtschaft und des Handwerks wurden mehrere Informationsveranstaltungen für bietende Unternehmen durchgeführt, die auf reges Interesse und positive Resonanz stießen.

Die Reduzierung des Anlagevermögens um rund 10 Mio. € ist auf die Rückzahlung eines Darlehns an die LVSH zurückzuführen. Mit der Fälligkeit des Darlehns wurde dieser Betrag von der LVSH zurückgezahlt und führte bei der GMSH zur Erhöhung des Umlaufvermögens. Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich um die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, das u. a. eine Neufestsetzung der Abzinsungssätze für die Berechnung des Barwertes von Verpflichtungen vorsieht. Der Unterschied für die Pensionsrückstellungen beträgt für die GMSH rund 7,5 Mio. €. Die GMSH hat hierzu von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und verteilt den Unterschiedsbetrag über 15 Jahre (495 T€ p.a.). Für die übrigen Rückstellungspositionen wurde der Unterschiedsbetrag in dem Jahr 2010 in voller Höhe berücksichtigt. In dem Jahr 2010 beträgt die Gesamtposition „außerordentlicher Aufwand“ deshalb rd. 2.205 T€.

Die GMSH hat im bzw. für das Jahr 2011 vom Land im Wesentlichen die folgenden Zahlungen erhalten: Organleihenkosten für den Geschäftsbereich Landesbau 23,5 Mio. €, Erstattung der Kosten für Freiberuflich Tätige (Architekten, Gutachter etc.) für den Landesbau in Höhe von 11,8 Mio. €, Aufwendungen für die Gebäudebewirtschaftung (Hausmeister, Reinigung, Energieversorgung etc.) in Höhe von rund 48,9 Mio. € sowie für Beschaffungen rund 24,6 Mio. € (inklusive der von der GMSH im eigenen Namen beschafften Waren und Dienstleistungen). Soweit die GMSH in Organleihe für das Land tätig wird, grundsätzlich in den Geschäftsbereichen Landesbau und Gebäudebewirtschaftung, handelt es sich dabei um die Erstattung der tatsächlich angefallenen Kosten. Im Geschäftsbereich Beschaffung werden die Aufwendungen der GMSH (Regiekosten) kalkulatorisch ermittelt und entweder auf die beschafften Produkte aufgeschlagen (Beschaffungen im eigenen Namen) oder gesondert in Rechnung gestellt (Beschaffungen im fremden Namen).

Ausblick

Mittelfristig wird sich das von der GMSH zu begleitende Bauausgabevolumen im Land voraussichtlich nicht verringern. Die GMSH wird deshalb eigene Kapazitäten im bisherigen Umfang weiter vorhalten. Gleichzeitig wird angestrebt, den personellen Aufwand für die Administration weiter zu reduzieren. Dafür soll die IT-Unterstützung für Bauvergabe, Mittelbewirtschaftung und Projektverwaltung weiter ausgebaut und möglichst vereinheitlicht werden.

Die finanzielle Lage der GMSH ist geordnet.

GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH



Saalestraße 8
24539 Neumünster
Telefon: (04321) 999 415
Fax: (04321) 999 444
E-mail: info@goes-sh.de
Internet: www.goes-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die zentrale Stelle für die Organisation der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Schleswig-Holstein. Sie übernimmt daneben auch hoheitliche Aufgaben gemäß § 11 des Landesabfallwirtschaftsgesetzes des Landes-Schleswig-Holstein, nämlich Tätigkeiten für die Länderarbeitsgruppe GADSYS, als Landes-ASYS-Betreuer und den Betrieb der Geschäftsstelle der IKA. .

Eigentumsverhältnisse:	in €	in %
Stammkapital der GOES	300.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	77.250	25,75
Die Kreise und kreisfreien Städte des Landes zu je 5.050 €	75.750	25,25
SHEREG –Schleswig-Holsteinische Entsorgung und Recycling GmbH	36.750	12,25
EGSH – Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.	36.750	12,25
14 Verbände und Organisationen der abfallerzeugenden Wirtschaft in S.-H.	73.500	24,50

Geschäftsführung

Dr. Reinhard Weber

Aufsichtsrat

- Dr. Andreas Wasielewski (Vorsitzender), MELUR
- Stefan Dunst, Stadt Neumünster
- Martin Kayenburg, UV Nord
- Samiah El Samadoni, SHLT
- Dr. Martin Kruse, IHK Schleswig-Holstein
- Annette Petersen, FM
- Klaus Scherler, SHEREG mbH
- Lys Birgit Zorn, Entsorgungsgemeinschaft Schleswig-Holstein e. V.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	30	27	28
Liquide Mittel	855	804	942
Eigenkapital	741	656	610
Rückstellungen	152	19	19
Bilanzsumme	22.027	22.239	22.934

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	1.077	918	855
Personalaufwand	717	698	621
Jahresergebnis	86	46	54

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	17	15	14
davon			
Frauen	4	4	3
Männer	13	11	11
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Vollzeitäquivalente	16,75	14,75	13,75

Kennzahlen	2011	2010	2009
Eigenkapitalrentabilität (in %)	11	7	9
Umsatz je Mitarbeiter (in T€)	80	68	79
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	67	-124	69

Geschäftsverlauf 2011

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin zufriedenstellend. Die Umsatzerlöse sind gegenüber 2010 um 17,2 % gestiegen. Die Gebühreneinnahmen aus Entsorgungsnachweisen sowie Nachweis- und Verwertungsnummern sind gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf die ab 01.07.2011 geltende neue Gebührenordnung zurückzuführen. Hingegen sind die Erlöse aus der IKA gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen.

24,9 % (Vorjahr: 35,7 %) der Umsatzerlöse stammen aus Gebühreneinnahmen für Entsorgungsnachweise sowie Nachweiserklärungen und 19,1 % (Vorjahr: 16,0 %) aus der Erweiterung der Zuständigkeit hoheitlicher Aufgaben. 50,1 % (Vorjahr: 56,6 %) der Umsatzerlöse stammen aus Zuwendungen der 16 Bundesländer für die Betreuung der Abfall-DV-Systeme. 1,7 % (Vorjahr: 3,6 %) resultieren aus Beratungsleistungen.

Im Geschäftsjahr sind Leistungsentgelte in Höhe von 247 T€ aus dem Landeshaushalt an die GOES geflossen. Davon entfallen 41 T€ auf die Kostenerstattung für die Wahrnehmung der Aufgaben als Landes-ASYS-Betreuer und 147 T€ auf die vertragsgemäße Vergütung für die Übernahme der Aufgaben der Notifizierung und Transportgenehmigung vom Land.

Ausblick

Die Einnahmesituation der Gesellschaft ist unter anderem durch die Übernahme der hoheitlichen Aufgaben der Notifizierung und Transportgenehmigung sowie der Betreuung des DV-Systems zur elektronischen Nachweisführung und der weiterhin ungekündigten Verträge IKA auch künftig gesichert. Die Ertragslage ist weiterhin positiv.

Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes mbH



Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel
Telefon: 0431 / 988-3953
Fax: 0431 / 988-616-3953
E-Mail: Mathias.Sonnenberg@fimi.landsh.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Beteiligungen aller Art von juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Interesse der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur des Landes Schleswig-Holstein und aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der GVB	750.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	750.000	100,00

Geschäftsführung

Mathias Sonnenberg

Beteiligungen

Spielbank SH GmbH	1.457	100,00
-------------------	-------	--------

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011 ⁴	2010	2009
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.457	1.457	181.092
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	300	3
Sonstige Vermögensgegenstände	103	332	302
Guthaben Kreditinstitute	5.814	5.348	4.812
Eigenkapital	7.298	7.429	7.412
davon			
gezeichnetes Kapital	750	750	750
Gewinnrücklage	26.122	26.122	26.122
Verlustvortrag	-19.444	-19.461	-19.516
Jahresergebnis	-131	17	55
Rückstellungen gesamt	83	14	19
Verbindlichkeiten gesamt	0	0	181.446
Bilanzsumme	7.381	7.443	188.877

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Sonstige betriebliche Erträge	0	1.189	5.874
Personalaufwand	7	11	11
Sonstiger betrieblicher Aufwand	212	37	92
Zinsertrag	90	87	171
Zinsaufwand	0	1.206	5.956
Jahresergebnis	-131	17	55

⁴ Rumpfgeschäftsjahr vom 31.01.2011 bis zum 31.12.2011. Zuvor beliefen sich die Geschäftsjahre vom 01.02. bis zum 31.01. des Folgejahres.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	2	3	3
davon			
Frauen	0	0	0
Männer	2	3	3
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte ⁵	2	3	3
davon Geschäftsführung	1	2	2

Geschäftsverlauf 2011

Das wesentliche Geschäft der Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein bilden die zum 1. Oktober 2009 erworbenen Anteile an der Spielbanken Schleswig-Holstein Gruppe, die unverändert unter der Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen werden. Die GVB ist mit Beschluss vom 17. Dezember 2010 als Kommanditistin ausgeschieden und hat ihre jeweilige Einlage bei den bisherigen Kommanditgesellschaften auf die in diesem Zusammenhang gegründeten Gesellschaften mit beschränkter Haftung übertragen, deren Stammkapital von der Spielbank SH GmbH gehalten wird. Alleinige Eigentümerin der Spielbanken SH GmbH ist die GVB.

Bei nahezu unveränderter Bilanzstruktur liegt die Bilanzsumme im Berichtsjahr mit 7,38 Mio. € nur knapp unter dem Vorjahreswert (Vorjahr: 7,44 Mio. €) und auch die Eigenkapitalquote bleibt mit knapp 100 Prozent unverändert. Die Änderung im Vergleich zu dem Geschäftsjahr 2009, welches eine Bilanzsumme von 188,9 Mio. € auswies, ergab sich durch die Abwicklung der Beteiligung an der HSH Nordbank AG. Verbindlichkeiten in Höhe von 181,4 Mio. € wurden in den Landeshaushalt übernommen.

Aus der Beteiligung an der Spielbank SH GmbH wurden im Berichtsjahr keine Ausschüttungen realisiert. Allerdings entstanden im Zusammenhang mit der vom Land Schleswig-Holstein angestrebten Privatisierung der Spielbanken Beratungskosten, die zu einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 211,7 T€ (Vorjahr: 37,4 T€) führten. Diese Entwicklung führte zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -131,0 T€ (Vorjahr: Jahresüberschuss 17,2 T€)

Im Berichtsjahr hatte die Gesellschaft einen Geschäftsführer. Ein weiterer Mitarbeiter wurde im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses im Abwicklungsbereich eingesetzt. Die Buchführung erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch eine externe Steuerberatungsgesellschaft.

Im Geschäftsjahr sind keine Zuschüsse aus dem Landeshaushalt an die GVB geflossen.

Ausblick

Vor dem Hintergrund des auch von der neuen Landesregierung angestrebten Verkaufs der Spielbanken werden die Möglichkeiten zur Privatisierung erörtert. Gemeinsam wird festgestellt, dass

⁵ Vollzeitäquivalente sind nicht darstellbar, da es sich um nebenamtliche Tätigkeiten handelt.

eine Veräußerung klare Rahmenbedingungen für den Glücksspielmarkt voraussetzt, die derzeit noch nicht gegeben sind.

Der Erfolg der GVB hängt im Wesentlichen von der wirtschaftlichen Entwicklung der Spielbanken ab. Im Juni des Geschäftsjahres 2012 konnte die GVB von der Spielbank SH erstmals Ausschüttung in Höhe von rund 621 T€ realisieren. Nach gegebenen Rechts- und Beratungskosten erwartet die GVB für 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Für die Spielbanken sind 2012 leicht rückläufige Spielumsätze zu verzeichnen. Das Ergebnis wird aber wesentlich durch Konzessionslaufzeiten und die damit verbundene Abschreibungshöhe bestimmt. Die Spielbanken streben eine vorzeitige Verlängerung der zum 30.06.2015 auslaufenden Konzession an. Ob im Jahr 2013 eine Ausschüttung an die GVB erfolgen kann, ist noch offen.

Die finanzielle Lage des Unternehmens ist geordnet.

HSH Finanzfonds AöR



Besenbinderhof 37
 20097 Hamburg
 Telefon: 040 / 37 70 75 0 – 0
 Fax: 040 / 37 70 75 0 – 15 9
 Mail: info@hsh-finanzfonds.de
 Internet: www.hsh-finanzfonds.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der Anstalt ist eine Kapitalunterstützung der HSH Nordbank AG durch die Träger zur Unterstützung der HSH Nordbank AG bei der Erfüllung der dieser obliegenden Eigenkapitalanforderungen.

In diesem Zusammenhang hat die Anstalt im Rahmen der Durchführung einer ordentlichen Kapitalerhöhung 2009 Aktien der HSH Nordbank AG in Höhe von 3 Mrd. € erworben. Ferner hat die Anstalt 2009 mit der HSH Nordbank AG einen Garantiebereitstellungsvertrag geschlossen und der HSH Nordbank AG aufgrund dessen Garantien bis zu einer Garantiesumme in Höhe von 10 Mrd. € zur Absicherung von Risikoaktiva gewährt.

Eigentumsverhältnisse	In %
Land Schleswig-Holstein	50,00
Freie und Hansestadt Hamburg	50,00

Gemäß Staatsvertrag wurde die Anstalt ohne Eigenkapital gegründet.

Geschäftsführung

- Ralf Sommer
- Dr. Karl-Hermann Witte

Anstaltsträgerversammlung

- Andreas Bolenz, FB HH
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV
- Lutz Koopmann, ehem. IB
- Silke Ruck, FM

Beteiligungen	Grundkapital in €	Anteil HSH Finanzfonds in %
HSH Nordbank AG	3.018.224.530	65,00

Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.061.000	3.000.000	3.000.000
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	571.556	102.222	102.222
Kasse, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	5.585	6.493	8.197
Eigenkapital	335.024	553.472	246.932
davon			
Gewinnrücklagen	553.472	246.932	246.932
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-218.448	306.540	
Verbindlichkeiten	2.302.672	2.554.231	2.865.782
Eventualverbindlichkeiten	7.000.000	10.000.000	10.000.000
Bilanzsumme	2.639.455	3.110.591	3.112.958

Ausgewählten Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	814.331	405.614	305.333
davon Erträge aus der Garantie	314.000	405.556	305.223
Personalaufwand	617	361	90
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.162	12.157	6.463
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	939	0	0
Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-218.449	306.540	246.932

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamt (Personen)	5	4	1
davon			
Frauen	2	2	1
Männer	3	2	0
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	1	1	0
Vollzeitäquivalente ohne Geschäftsführung	4,5	3,8	1
Vollzeitäquivalente Geschäftsführung	0,4	0,4	0,4
Kennzahlen	2011	2010	2009
Eventualverbindlichkeit Garantie (in T€)	7.000.000	10.000.000	10.000.000
Rückgarantie der beiden Länder (in T€)	7.000.000	10.000.000	10.000.000
Tatsächlich abgerechnet unter der Zweitverlustgarantie (in T€)	218.000	5.000	0
Puffer zu 3.200 (in T€)	2.982.000	3.195.000	3.200.000

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Anstalt ist insgesamt abhängig von der Entwicklung der HSH Nordbank AG, insbesondere von der Höhe einer möglichen Inanspruchnahme der Garantie, den Wertansätzen für die Beteiligung sowie den gewählten Zeitpunkten der Garantierückführungen.

Die HSH Nordbank AG geht angesichts deutlich eingetrübter Erwartungen in einzelnen Märkten, insbesondere der Schifffahrt, in den kommenden Monaten von erhöhtem Vorsorgebedarf für Kreditrisiken aus und prüft zusätzliche Schritte, um die Kapitalquoten zu stärken.

Geschäftsverlauf und Ausblick werden für die Anstalt unter www.hsh-finanzfonds.de und für die Bank unter www.hsh-nordbank.de laufend aktualisiert dargestellt.

HSH Nordbank AG



Gerhart-Hauptmann-Platz 50
20095 Hamburg

Telefon: 040 / 33 33 – 0

Fax: 040 / 33 33 – 34 00 1

Mail: info@hsh-nordbank.com

Internet: www.hsh-nordbank.de

Martensdamm 6

24103 Kiel

Telefon: 0431 / 90 0 – 01

Fax: 0431 / 90 0 – 34 00 2

Unternehmensaufgabe

Die Bank ist eine allgemeine Geschäftsbank. Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind Bank- und Finanzgeschäfte aller Art sowie weitere Dienstleistungen und Geschäfte im kreditwirtschaftlichen Bereich. Sie bietet ferner als Bankpartner der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg Finanzdienstleistungen für öffentliche Kunden an und nimmt die Funktion einer Sparkassenzentralbank wahr. Die Bank ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe.

Eigentumsverhältnisse	In €	in %
Grundkapital	3.018.224.530	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein		9,58
Freie und Hansestadt Hamburg		10,80
HSH Finanzfonds AöR		65,00
Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein		5,31
9 Trusts beraten von J.C. Flowers & Co. LLC		9,31

Vorstand

- Constantin von Oesterreich
- Stefan Ermisch
- Torsten Temp
- Edwin Wartenweiler
- Matthias Wittenburg

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre:

- Thomas Mirow (Vorsitzender), ehem. Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
- Hans-Werner Blöcker, ehem. Vereinigte Asphalt-Mischwerke
- Oke Heuer, Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein
- Stefan Jütte, ehem. Deutsche Postbank AG
- Dr. Rainer Klemmt-Nissen, HGV Hamburg
- Lutz Koopmann, ehem. IB
- Dr. Joachim Lemppenau, ehem. Volksfürsorge
- Thomas Losse-Müller, FM
- Dr. David Morgan, J.C. Flowers & Co. UK Ltd.
- Bernd Wrede, ehem. Hapag Lloyd

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

- Olaf Behm (stellv. Vorsitzender)
- Sabine-Almut Auerbach
- Stefanie Arp
- Berthold Bose
- Jürgen Friedland
- Torsten Heick
- Sabine Kittner-Schürmann
- Manfred Lener
- Rieka Meetz-Schawaller
- Edda Redeker

Die Aufsichtsratsvergütung betrug für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt 539,6 T€

Beteiligungen:

Insgesamt 83 vollkonsolidierte Gesellschaften

davon 55 Gesellschaften mit 100 % Anteil am Eigenkapital

Unternehmensdaten:
(alle Angaben in Mio. €)

Ausgewählte Daten aus der Konzernbilanz	2011	2010	2009
Geschäftsvolumen	145.414	163.741	192.927
Bilanzielles Eigenkapital	4.825	5.094	4.442
davon			
Grundkapital	2.635	2.635	2.460
Rücklagen	2.453	2.409	2.685
Konzernbilanzverlust / -gewinn	-257	53	-734
Rückstellungen	1.593	1.347	1.619
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.685	34.414	38.591
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.239	42.232	49.803
Verbriefte Verbindlichkeiten	39.381	44.726	53.121
Bilanzsumme	135.906	150.945	174.484

Ausgewählten Daten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Zinserträge	11.654	14.357	20.664
Zinsaufwand	-10.335	-12.692	-18.918
Zinsüberschuss	1.350	1.502	2.121
Provisionsüberschuss	120	218	211
Handelsergebnis	-173	-156	568
Gesamtertrag	1.330	1.791	598
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	389	-317	-2.794
Einzelwertberichtigungen	-994	-1.099	-2.081
Portfoliowertberichtigungen	267	426	-479
Kompensationsposten durch Garantie	1.043	318	
Verwaltungsaufwand	-837	-867	-830
Ergebnis vor Restrukturierung	914	601	-718
Restrukturierungsergebnis	-235	-9	-124

Ausgewählten Daten aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Aufwand für öffentliche Garantien	-883	-519	-483
Konzernüberschuss/ -fehlbetrag	-263	104	-743

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011 ⁶	2010 ⁶	2009
Gesamtanzahl (Konzern)	4.265	3.852	4.188
davon			
Frauen	1.929	1.706	1.905
Männer	2.336	2.146	2.283
Auszubildende	52	60	83
Teilzeitbeschäftigtenquote (in %)	19,9	16,4	14,7
Vollzeitäquivalente	3684	3.388	3.610

Kennzahlen	2011	2010	2009
Kernkapitalquote (in %)	13,8	15,2	9,5
Langfristrating ungarantiert Moody's	Baa2	A3	A2
Stand Alone Rating Moody's	E +	E +	E +
Bestand Gewährträgerhaftung in (Mrd. €)	38,0	45,0	56,1

Geschäftsverlauf und Ausblick

Die Geschäftsentwicklung der HSH Nordbank wird durch die derzeit sehr schwierigen Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflusst. So geht die HSH Nordbank angesichts deutlich eingetrübter Erwartungen in einzelnen Märkten, insbesondere der Schifffahrt, in den kommenden Monaten von erhöhtem Vorsorgebedarf für Kreditrisiken aus, der sich im Konzernergebnis niederschlagen wird. Zur weiteren Entlastung der Kapitalquoten prüft die HSH Nordbank zusätzliche Schritte, um die Kapitalquoten zu stärken und die steigenden regulatorischen Kapitalanforderungen langfristig zu erfüllen. Unter www.hsh-nordbank.de wird der Geschäftsverlauf und Ausblick laufend aktualisiert dargestellt.

⁶ Der Konsolidierungskreis wurde ab 2010 merklich ausgeweitet, so dass der Vergleich mit 2009 nur eingeschränkt möglich ist. Teilweise handelt es sich um Angaben nur für die HSH Nordbank AG im Inland, also ohne Niederlassungen und Tochtergesellschaften.

InphA Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik GmbH



Emil-Sommer-Str. 7

28329 Bremen

Telefon: 0421 / 4361-0

Fax: 0421 / 4361-189

Mail: mail@inpha.de

Internet: www.inpha.de

Unternehmensaufgabe

Die InphA führt Untersuchungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten, die im Rahmen der Überwachung im Zuständigkeitsbereich der Gesellschafter anfallen, sowie damit verbundene Tätigkeiten durch.

Wenn die Erfüllung dieser Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird, können auch entgeltliche Auftragsuntersuchungen gegenüber anderen und sonstigen Dritten durchgeführt werden.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital des InphA	38.400	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	6.400	16,67
Freie und Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Land Niedersachsen, Land Hessen, Saarland	6.400	16,67
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Konrad Horn

Aufsichtsrat

- Enno Gosling (Vorsitzender), Land Niedersachsen
- Dr. Renée Buck (stellv. Vorsitzende), MSGFG
- Dr. Volker Kregel, Freie und Hansestadt Hamburg
- Dr. Thomas Lamberty, Land Saarland
- Jörg Osmer, Land Hessen
- Silke Stroth, Freie und Hansestadt Bremen

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen

keine

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	1.181	958	662
Umlaufvermögen	555	771	1.008
Eigenkapital	1.521	1.529	1.461
davon			
gezeichnetes Kapital	38	38	38
Rücklagen	1.482	1.490	1.423
Rückstellungen	117	134	132
Bilanzsumme	1.736	1.729	1.670

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
sonstige betriebliche Erträge	88	79	80
Materialaufwand	98	91	94
Personalaufwand	1.108	1.066	1.008
Abschreibungen	188	148	118
sonstige betriebliche Aufwendungen	271	251	254
Jahresergebnis	-1.567	-1.462	-1.390
Nachrichtlich. jährliche Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklagen	1.529	1.529	1.529
davon Schleswig-Holstein	235	235	235

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamt	28	28	28
davon			
Frauen	22	21	21
Männer	6	7	7
Auszubildende	2		
Teilzeitbeschäftigte	5	5	5
Vollzeitäquivalente	25,375	25,375	25,375

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	411	438	213
Untersuchte Proben	996	1.167	913
Eingesandte Proben	966	994	1.155
Untersuchte Proben / techn. MA im Durchschnitt	91	106	77

Geschäftsverlauf 2011

Im Jahr 2011 wurde das Probenkontingent von 1.047 auf 995 abgesenkt, um die Personalressourcen für die Etablierung der internen mikrobiologischen Untersuchungen zur Verfügung zu stellen. Es wurden 966 Proben eingesandt und damit das Kontingent zu 97 % ausgeschöpft. Die Zahl der untersuchten Proben lag über der der eingesandten Proben, da die Untersuchung im Vorjahr eingesandter Proben teilweise erst im Berichtsjahr abgeschlossen wurde.

Aufgrund von Anfragen der Überwachungsbehörden nahmen wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an fünf GMP-Inspektionen als analytische Sachverständige teil.

Das integrierte Managementsystem wurde weiter ausgebaut und um Aspekte zur Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz erweitert.

Alle laut Wirtschaftsplan 2011 vorgesehenen Investitionen wurden realisiert.

Das Unternehmen finanziert sich aus den Beiträgen der als Gesellschafter beteiligten Bundesländer. Der Jahresfehlbetrag resultiert aus der bilanziellen Behandlung der Länderbeiträge, die – statt als Erlöse in die Gewinn- und Verlustrechnung – direkt in die Kapitalrücklage eingestellt werden. Aus Entnahmen der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe wird der Jahresfehlbetrag ausgeglichen und so ein ausgeglichenes Bilanzergebnis erzielt. Das Land Schleswig-Holstein leistet hierzu einen jährlichen Beitrag von 235 T€ als Gesellschaftereinlage.

Ausblick

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass über die bisherigen Tätigkeiten hinaus zukünftig zusätzliche Tätigkeiten für sonstige Dritte angeboten und ausgeführt werden sollen. Zielsetzung ist es, künftige

Kostensteigerungen zu kompensieren, um die Zuschüsse von Seiten der Länder stabil halten zu können. Der Gesellschaftsvertrag wurde ergänzt, damit ab dem Jahr 2013 entsprechend verfahren werden kann. Zudem erfolgt zum gleichen Zeitpunkt eine Umfirmierung der Gesellschaft aus den folgenden Gründen:

- Der bisherige Kundenkreis und die sonstigen Kooperationspartner verbinden mit dem Namen „AMI Nord“ die bisherige Unternehmenspolitik, wonach Proben von Dritten nicht oder nur über einen der Gesellschafter zur Untersuchung eingereicht werden dürfen
- Die Umfirmierung ist ein starkes Signal nach innen und nach außen dafür, dass sich etwas ändern wird, und kann zudem zur Kommunikation der neuen Unternehmenspolitik genutzt werden
- Die regionale Einschränkung im Namen war im Grunde schon mit dem Beitritt Hessens und spätestens mit dem Beitritt des Saarlandes überholt.

Aus „AMI - Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH“ ist am 16.01.2013 nach der Umfirmierung „InphA GmbH – Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (InphA)“ geworden. Durch die Einführung des Begriffes „angewandte Analytik“ soll die Ausweitung der Tätigkeiten über die reine Untersuchung von Arzneimitteln hinaus verdeutlicht werden.

Investitionsbank Schleswig-Holstein AöR



Fleethörn 29 – 31
24103 Kiel
Telefon: (0431) 9905-0
Fax: (0431) 9905-3383
E-Mail: info@ib-sh.de
Internet: www.ib-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Erfüllung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Gezeichnetes Kapital der IB	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Vorstand

- Erk Westermann-Lammers (Vorsitzender)
- Dr. Michael Adamska

Verwaltungsrat

- Thomas Losse-Müller (Vorsitzender), FM
- Dr. Frank Nägele (1. stellvertretender Vorsitzender), MWAVT
- Bernd Küpperbusch (2. stellvertretender Vorsitzender), IM
- Ulrich Adolf, IB
- Jochen von Allwörden, Städteverband Schleswig-Holstein
- Nils Bachmann, IB
- Axel Barkow, IB
- Patricia Friedrichs, IB
- Anette Langner, MSFG
- Dr. Ingrid Nestle, MELUR
- Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer, MJKE
- Matthias Schulz-Kleinfeldt, IHK zu Lübeck

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen	in €	in %
Entwicklungsgesellschaft Ostholstein	64.359	8,93
Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Rendsburg-Eckernförde mbH	19.200	0,64
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH	3.684	24,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) ⁷	360.000	25,01
Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein mbH	150.000	15,00
IB-Anteil aus EFRE II - Beteiligungen		
EUROIMMUN AG	19.996	0,18
eyepos GmbH & Co. KG	5.000	3,81
Shisu Vertriebsgesellschaft mbH	2.600	1,60
Anteile an verbundenen Unternehmen		
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	51.427.662	50,60
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH	25.000	100,00
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co KG	49.099.362	100,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Forderungen an Kreditinstitute	4.510.923	4.190.700	4.126.055
Forderungen an Kunden	9.602.386	9.330.712	8.767.632
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.854.636	2.707.475	2.704.742
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.937	9.929	9.922

⁷ Stand: nach Durchführung gesellschaftsrechtlicher Kapitalmaßnahmen im Jahr 2013

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Beteiligungen	8.315	8.296	8.268
Anteile an verbundenen Unternehmen	100.552	100.552	100.552
Sachanlagen	8.665	8.629	9.033
sonstige Vermögengegenstände	12.471	14.621	14.529
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.240.930	12.587.486	12.135.121
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.387.725	1.310.980	1.135.092
sonstige Verbindlichkeiten	28.035	23.373	21.418
Rückstellungen gesamt	79.772	63.485	50.437
Fonds für Zinsausgleich	889.469	889.988	889.623
Eigenkapital	1.107.089	1.094.454	1.080.815
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	969.944	957.309	944.670
Gewinnrücklage	34.145	34.145	29.202
Bilanzgewinn	3.000	3.000	6.943
Bilanzsumme	18.072.249	17.369.514	16.739.255
Eventualverbindlichkeiten	587.684	620.355	672.580

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Zinserträge gesamt	724.788	632.845	682.104
Zinsaufwendungen	639.339	535.816	606.051
Erträge aus Beteiligungen/verbundenen Unternehmen	8.558	7.812	8.077
Provisionserträge	15.902	27.788	16.920
Provisionsaufwendungen	10.612	23.693	12.739
sonstige betriebliche Erträge	11.459	9.784	11.379
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	45.485	51.520	47.741
davon			
Löhne und Gehälter	25.315	25.284	22.902
andere Verwaltungsaufwendungen	14.800	18.920	17.092

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	57.396	54.126	41.382
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.255	8.439	6.950
Jahresüberschuss	3.000	3.000	6.943
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	486	480	448
davon			
Frauen	284	279	258
Männer	202	201	190
Auszubildende	18	14	14
Teilzeitbeschäftigte	118	114	113
Vollzeitäquivalente	420,2	416,6	390,4
Kennzahlen	2011	2010	2009
Neugeschäftsentwicklung (in T€)	2.165.000	2.997.000	2.678.000
Förderbestand in (T€)	14.760.000	14.322.000	13.012.000
Solvabilitätskoeffizient (in %)	17,9	17,7	17,2
Cost-Income Ratio (im Zweckvermögen IB)	0,48	0,49	0,55
Ergebnis vor Risikovorsorge / Bewertung und Sondereffekten (in Mio. €)	62,6	60,6	48,3

Geschäftsverlauf 2011

Im Geschäftsjahr 2011 bestand eine hohe Nachfrage in allen Förderbereichen der Investitionsbank. Mit einem Neugeschäftsvolumen von knapp 2,2 Mrd. € und einer Zunahme des Förderbestandes um etwa 450 Mio. € konnte ein erfolgreiches Geschäftsjahr abgeschlossen werden. Der Rückgang des Neugeschäftsvolumens gegenüber dem Vorjahr ist bedingt durch eine Stabilisierung der Finanzierungssituation des privaten Bankgewerbes und einer veränderten Refinanzierungssituation bei der KfW sowie einer Fokussierung des Kommunalgeschäfts auf Schleswig-Holstein.

Die Ertragslage der IB lag im Geschäftsjahr 2011 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der insgesamt geringeren Betriebsaufwendungen konnte mit 62,5 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr (60,6 Mio. €) höheres Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten erzielt werden. Der gesamte Förderbestand der Investitionsbank stieg von 14,3 Mrd. € auf 14,8 Mrd. €. Infolge dessen stieg die Bilanzsumme um 4 % erstmals über 18 Mrd. €. Obwohl sich die IB somit zu einer der größten Förderbanken Deutschlands entwickelt, war die Risikotragfähigkeit in 2011 - auch unter vorgegebenen Stressszenarien - jederzeit gegeben.

Durch stringentes Kostenbewusstsein und kontinuierliche Prozessoptimierungen wurde eine Kostenreduzierung erreicht.

Nach Zuführung zur Vorsorge und den Reserven wird der verbleibende Jahresüberschuss (3 Mio. €) an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet.

Direkte Zuschüsse für den operationalen Geschäftsbetrieb wurden aus dem Landeshaushalt nicht geleistet.

Ausblick

Nach vorliegenden Zahlen entwickelt sich das Geschäftsjahr 2012 auf einem ähnlich hohen Niveau wie das Jahr 2011. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation die Planansätze für das Neugeschäftsvolumen unter den Istwerten des Vorjahres liegen.

Das betriebliche Ergebnis dürfte aufgrund der anhaltend für die IB positiven Marktsituation, der guten Eigenbonität bei einem sehr geringen Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf über dem des Jahres 2011 liegen.

Die in der Risikostrategie vorgegebenen Eckwerte wurden nach vorliegenden Berichten stets eingehalten.

Für das das Jahr 2012 wird wieder eine Ausschüttung von 3 Mio. € an den Landeshaushalt erwartet.

Insgesamt ist die finanzielle Lage des Unternehmens sehr geordnet.

LVS S-H Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH



nah.sh
Der Nahverkehr

Raiffeisenstraße 1
24103 Kiel

Telefon: 0431/ 66 01 9 – 0
Fax: 0431 / 66 01 9 – 19
Mail: info@nah.sh
Internet: www.nah.sh

Unternehmensaufgabe

Die Gesellschaft ist die Einrichtung, die nach Übertragung durch das Land Schleswig-Holstein die Planung, die Organisation und die Abwicklung für die Aufgabe des Landes, eine ausreichende Bedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein sicherzustellen, wahrnimmt. Die Planung, die Organisation und die Abwicklung erfolgt in enger Abstimmung mit den kreisfreien Städten sowie den Kreisen oder deren Zweckverbänden als Aufgabenträger für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr.

Eigentumsverhältnisse

in €

in %

Stammkapital

26.076

100,00

davon

Land Schleswig-Holstein

13.038

50,00

Kreis Dithmarschen,
Kreis Herzogtum-Lauenburg,
Kreis Nordfriesland,
Kreis Ostholstein,
Kreis Pinneberg,
Kreis Plön,
Kreis Rendsburg-Eckernförde,
Kreis Schleswig-Flensburg,
Kreis Segeberg,
Zweckverband ÖPNV Steinburg,
Kreis Stormarn,
Landeshauptstadt Kiel,
Stadt Flensburg,
Hansestadt Lübeck,
Stadt Neumünster

869

3,34

jeweils

Geschäftsführer

Bernhard Wewers

Aufsichtsrat

- Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT
- Dieter Harrsen (stellvertretender Vorsitzender), Kreis NF
- Karin Reese-Cloosters, FM
- Peter Todeskino, LHS Kiel

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

- Jochen von Allwörden, Städteverband S-H
- Matthias Heidelberg, Wentorf bei Hamburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil LVS (in %)
Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein	150	10,00

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	73	52	47
Umlaufvermögen	335	167	79
Eigenkapital	26	26	26
Rückstellungen	32	79	36
Verbindlichkeiten	304	93	54
davon erhaltene Anzahlungen	229	0	0
Bilanzsumme	421	236	149

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein	1.841	2.019	1.392
sonstige Umsatzerlöse	24	48	118
sonstige betriebliche Erträge	89	183	40
Aufwand für bezogene Leistungen	243	659	73
Personalaufwand	1.232	1.152	1.098
Sonstige betriebliche Aufwendungen	472	422	350
Jahresergebnis	0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	24	23	23
davon			
Frauen	14	13	13
Männer	10	10	10
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	16	13	13
Vollzeitäquivalente	19,5	19,5	18,5
Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	40,6	14,2	5,7
davon Zuschüsse	40,6	14,2	5,7
Eigenkapital (in %)	6,2	11,1	17,4
Cashflow			
aus der laufenden Geschäftstätigkeit	193,6	85,3	68
aus der Investitionstätigkeit	-41,4	-19	-21
Erlöse durch das Land Schleswig--Holstein (in %)	93,6	89,8	89,8

Geschäftsverlauf 2011

Die LVS konnte im Geschäftsjahr 2011 Erlöse von insgesamt 1.865,1 T€ erzielen. Hiervon entfallen 1.840,8 T€ auf die Erlöse vom Land Schleswig-Holstein, was einen Anteil von 93,6 % der Gesamtleistung ausmacht. Den Erlösen und Erträgen von insgesamt 1.967,5 T€ standen Aufwendungen von rund 1.966,4 T€ gegenüber. Von den Aufwendungen entfällt der überwiegende Teil mit 1.231,9 T€ bzw. 62,6 % auf den Personalaufwand.

Die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein wurden benötigt, um im Jahr 2011 weitere Projekte im Auftrag des Landes in den Bereichen Angebotsplanung, Verkehrswirtschaft, Kommunikation sowie für sonstige Tätigkeiten weiterzuführen bzw. zu beginnen. Beispielfhaft seien hier genannt

- die Weiterentwicklung landesweiter Fahrplankonzepte unter Berücksichtigung des Fernverkehrs und der Infrastruktur,
- Fahrgasterhebungen und -befragungen,
- Unterstützung des MWAVT bei der Umsetzung des Achsenkonzeptes durch Vorbereitung und Durchführung der Vergabe von Planungsleistungen zum Ausbau der Schienenverbindung S4,
- Weiterentwicklung des S-H-Tarifs,
- Umsetzung der Einnahmenaufteilung im S-H-Tarif sowie im HVV und Vertretung der Aufgabenträger in den jeweiligen Gremien des S-H-Tarifs und des HVV-Tarifs,
- Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens des Teilnetzes „Mitte“,
- intensive Abstimmungen im Zusammenhang mit dem GdL-Streik bei der NOB mit dem EVU und dem Land
- Überlegungen zur Gründung eines Verkehrsverbundes Schleswig-Holstein.

Die Kennzahlen zeigen, dass die LVS ihrem Gesellschaftszweck entsprechend überwiegend auf die Erlöse durch das Land Schleswig-Holstein angewiesen ist. Aktuell und absehbar sind keine bestandsgefährdenden Risikoentwicklungen sichtbar oder zu erwarten.

Die LVS hat im Jahr 2011 rund 2,1 Mio. € als Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erhalten, davon rund 1,8 Mio. € Erlöse.

Ausblick

Im Jahr 2012 hat die LVS in den Aufgabenbereichen Angebotsplanung, Infrastrukturausbau und Verkehrswirtschaft weitere Projekte durchgeführt bzw. begonnen. Beispielfhaft sind hier zu nennen

- die Preisanfrage zur Einführung eines Systems für die landesweite Echtzeitauskunft,
- die Vorbereitung des Fahrplans 2013,
- die Erarbeitung des vierten landesweiten Nahverkehrsplans für den SPNV,
- die Einführung eines Online-Tickets,
- die Durchführung und den Abschluss des Ausschreibungsverfahrens im Teilnetz „Mitte“
- die Durchführung des Ausschreibungsverfahrens zur Fahrzeugbereitstellung im Teilnetz „West“.

Zur Durchführung aller geplanten Aufgaben wurden 2012 voraussichtlich Aufwendungen in Höhe von rund 2,13 Mio. € benötigt.

Nationalpark-Service gGmbH



Schlossgarten 1
25832 Tönning
Telefon: 04861/ 9620 – 0
Fax: 04861/ 9620 – 10
Mail: info@multimar-wattforum.de
Internet: www.multimar-wattforum.de

Unternehmensaufgabe

Aufgabe der NPS ist die Förderung des Nationalparks Wattenmeer, des Naturschutzes und des Nationalparkgedankens, insbesondere durch die Verwaltung und Erhaltung der dafür im Eigentum der Gesellschaft stehenden Gebäude und Einrichtungen und die Förderung der Kommunikation, Kooperation und gegenseitigen Abstimmung zwischen den Gesellschaftern und der Nationalparkverwaltung im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN). Diese Unternehmensaufgabe verwirklicht die NPS insbesondere durch die Verwaltung, die Erhaltung und den Betrieb des Nationalpark-Zentrums „Multimar Wattforum“ in Tönning und von Nationalpark-Häusern.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der NPS	50.000	100,00
davon:		
Land Schleswig-Holstein	27.500	55,00
Kreis Nordfriesland, Kreis Dithmarschen, Naturschutzbund Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V., Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V., Verein für Naturschutz und Landschaftspflege Mittleres Nordfriesland e.V., Verein „De Wattenlöpers“ Fachverband der Wattführerinnen und Wattführer im Nationalpark Schleswig-Holstein-Holsteinisches-Wattenmeer e.V., WWF Umweltstiftung Deutschland, Nordsee-Tourismus-Service GmbH	2.500	5,00
jeweils		

Geschäftsführung

Dr. Gerd Meurs-Scher

Beteiligungen

Keine

**Unternehmensdaten
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	8.066	8.287	8.313
Liquide Mittel	1.097	555	547
Umlaufvermögen	1.174	906	880
Eigenkapital	1.101	1.044	766
Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	7.662	7.953	8.208
Bilanzsumme	9.240	9.192	9.213

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	995	945	981
davon aus Eintrittsgeldern „Multimar Wattforum“	867	841	874
Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein	747	107	146
davon			
Zuschuss zur Betriebsführung	707	--	--
Ausgleichsgelder	40	107	146
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	378	380	401
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.454	629 ⁸	710
Abschreibungen	412	402	411
Sonstige betriebliche Aufwendungen	249	178	449
davon Zuführung zum Sonderposten zum Anlagevermögen aus Investitionszuschüssen	87	125	396

⁸ Ergebnis der Verrechnung des im LKN entstandenen Aufwands mit dem dort vereinnahmten Landeszuschuss „Betriebsführung NPS“

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010	2009
Jahresergebnis	57	278	198

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Betriebsführung erfolgt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LKN. Die Geschäftsführung der NPS ist eine Teilaufgabe eines – für diesen Aufgabenbereich nicht weisungsgebundenen – Mitarbeiters des LKN.

Kennzahlen

	2011	2010	2009
Besucherzahl (Personen)	164.043	157.790	162.625
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	734	385	652

Geschäftsverlauf 2011

Die Erträge der NPS resultieren im Wesentlichen aus Zuwendungen des Landes und den Umsatzerlösen des „Multimar Wattforums“. Die Eintrittsgelder des Nationalparkzentrums haben im Geschäftsjahr 2011 mit 40 % (Vorjahr: 57 %) zur Gesamtleistung beigetragen. Ziel ist es, ihren Anteil an der Gesamtfinanzierung zu erhöhen. Allerdings schwanken die Besucherzahlen erheblich innerhalb des Geschäftsjahres und sind in der Hochsaison (Frühjahr bis Frühherbst) sehr stark von den Wetterverhältnissen abhängig.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein positives Jahresergebnis von rund 57 T€ erzielt. Die Erlöse aus Eintrittsgeldern haben sich ebenso wie die Besucherzahl erhöht. Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen, Finanzschulden bestehen nicht. Das Anlagevermögen der NPS wurde insbesondere durch Investitionszuschüsse finanziert, so dass der zugehörige Sonderposten entsprechend hoch dotiert ist.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass im Jahr 2011 aus dem Landeshaushalt eine Zuwendung in Höhe von 747 T€ der NPS zugeflossen ist. Der Anstieg gegenüber den Vorjahren ergibt sich daraus, dass dieser Zuschuss bis 2010 beim LKN vereinnahmt und mit dem für die NPS angefallenen Betriebsführungsaufwand verrechnet wurde.

Ausblick:

Im Geschäftsjahr 2012 lag die Besucherzahlen des „Multimar Wattforums“ mit insgesamt 160.811 Besuchern ca. 2 % hinter der des Vorjahres zurück. Das Besucherpotenzial ist noch nicht ausgeschöpft und soll durch zielgerichtete Marketingmaßnahmen weitergehend erschlossen werden. Eine entsprechende Marketingstelle im LKN soll dauerhaft eingerichtet werden.

Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH



Falkenried 88
20251 Hamburg
Telefon: 040 / 47 19 6 – 400
Fax: 040 / 47 19 6 – 444
Mail: info@norgenta.de
Internet: www.norgenta.de

Unternehmensaufgabe

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung und Stärkung der Life Science Branche im norddeutschen Raum, um somit die Clusterbildung der „Innovativen Medizin“ voranzutreiben. Die Gesellschaft soll zentrale Anlaufstelle für alle Life Science Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sein, mit dem Fokus auf Vernetzung und Koordination.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der Norgenta	62.500	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	25.000	40,00
Freie und Hansestadt Hamburg	25.000	40,00
Bay to Bio Förderverein Life Science Nord e.V.	12.500	20,00

Vorstand

Dr. Hinrich Habeck

Aufsichtsrat⁹

- Dr. Bernd Egert (Vorsitzender), FHH
- Ralph Müller-Beck (stellv. Vorsitzender), MWAVT
- Rolf Fischer, MBW
- Carsten Grieme, Johnson & Johnson MEDICAL GmbH
- Dr. Mathias Kraas, Bay to Bio Förderverein Life Science Nord e. V.
- Dr. Thomas Leiers, Ferring Arzneimittel GmbH
- Prof. Thomas J.C. Matzen, Thomas J.C. Matzen GmbH
- Dr. Horst-Michael Pelikan, FHH

⁹ Stand: April 2013

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen

keine	
-------	--

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	19	18	21
Umlaufvermögen	241	215	182
Eigenkapital	63	63	50
Sonderposten für Investitionszuschüsse	12	34	0
Rückstellungen	101	108	104
Verbindlichkeiten	88	72	49
Bilanzsumme	264	246	207

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	98	136	209
sonstige betriebliche Erträge	1.089	1.015	948
davon Zuwendung des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung und Projektförderung)	480	427	427
Projektförderung			
Personalaufwand	542	549	462
sonstige betriebliche Aufwendungen	634	594	691
Jahresergebnis	0,7	0,7	0

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamt	9	9	8
davon			
Frauen	6	7	6
Männer	3	2	2
Teilzeitbeschäftigter	1	1	1
Auszubildende	0	0	0
Vollzeitäquivalente	8,5	8,5	7,5

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	11	7	15
davon Zuschüsse	11	7	15
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	-77	2	-15

Geschäftsverlauf 2011

Die Geschäftstätigkeit der Norgenta ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Sie hat 2011 ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2011 um 38 T€ und damit um knapp 28 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Ursache ist die Reduzierung des LSN Partnerschaftsprogramms und dass im Geschäftsjahr keine Einnahmen durch Delegationsreisen/-empfangen verbucht werden konnten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge, die zu 81 % aus den in der Höhe gegenüber dem Vorjahr unveränderten Zuwendungen Schleswig-Holsteins (400 T€) und der Freien und Hansestadt Hamburg bestehen, sind dagegen um 74 T€ angestiegen. Diesem Plus von 3,5 % auf der Ertragsseite steht jedoch auch ein erhöhter Aufwand von 2,8 % im Vergleich zum Vorjahr gegenüber.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielte die Norgenta einen Cashflow in Höhe von -77 T€. Der Grund für den negativen Wert liegt im Wesentlichen in verspätet geflossenen Fördermitteln.

Ausblick

Das Geschäftsjahr 2012 steht unter der operativen Umsetzung des Masterplans für Life Science Nord bzw. der Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus der Evaluation des Clusters und der Norgenta. Es sollen Eckpunkte für die strategische Ausrichtung des Clusters und des Clustermanagements erarbeitet werden.

Die Norgenta begleitet den Prozess der geplanten Zusammenführung der Vereine Bay to Bio e. V. und AGMT e. V. zu einem neuen Förderverein. Damit soll die regionale und thematische Vernetzung innerhalb des Clusters gestärkt werden.

Der Wirtschaftsplan für 2012 geht von einem ausgeglichenen Jahresergebnis für die Norgenta aus. Das liegt auch an den voraussichtlich gleichbleibenden institutionellen Zuwendungen.

Schleswig-Holsteinische Landesforsten AöR



Memellandstr. 15
24537 Neumünster
Telefon: 04321 / 55920
Fax: 04321 / 5592190
Mail: poststelle@forst-sh.de
Internet: www.forst-sh.de

Unternehmensaufgabe

Die SHLF bewirtschaftet ihre Waldflächen und ihr sonstiges Vermögen in eigener Verantwortung und nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze, insbesondere des Landeswaldgesetzes, des Landesjagdgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes auf der Grundlage des Nachhaltigkeitsprinzips als öffentliche Aufgabe in eigener Verantwortung. Die SHLF erbringt als Aufgabe zur Erfüllung nach Weisung besondere Gemeinwohlleistungen der Waldpädagogik und der Umweltbildung, des Naturschutzes, der Erholung, des Ankaufs von Grundstücken und der Neuwaldbildung sowie der Ausbildung.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der SHLF	100.000.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	100.000.000	100,00

Direktor

Tim Scherer

Verwaltungsrat

- Dr. Ulf Kämpfer (Vorsitzender), MELUR
- Karin Reese-Cloosters (stellv. Vorsitzende), FM
- Margret Brahms, MELUR
- Hartmut Hamerich, MdL
- Olaf Herold, Personalrat SHLF
- Dr. Martin Kruse, IHK Kiel
- Sandra Redmann, MdL

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen	in €	in %
Schleswig-Holsteinische Landesforsten Service GmbH	250.000	100,00

Unternehmensdaten (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	515.458	510.831	503.643
davon Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	507.788	500.164	500.845
Fertige Erzeugnisse und Waren	2.925	531	777
Liquide Mittel	3.555	4.639	9.985
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.835	7.470	487
Eigenkapital	513.565	511.860	510.275
davon			
gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklage	407.473	407.473	407.473
Rückstellungen	4.526	4.312	15.964
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.698	1.281	814
Bilanzsumme	524.692	517.695	527.637

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	13.254	10.939	9.828
davon aus Holzverkauf	10.528	8.452	7.699
Sonstige betriebliche Erträge	6.794	8.111	8.793
davon Zuschuss aus dem Landeshaushalt	5.317	6.629	6.929
Materialaufwand	5.055	4.276	3.953
Personalaufwand	9.889	9.574	10.090
Abschreibungen	1.730	1.537	1.477
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.950	2.123	3.576
Jahresergebnis	1.705	1.562	889

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	194	204	209
davon			
Frauen	21	19	20
Männer	173	185	189
Auszubildende	16	17	18
Teilzeitbeschäftigte	3	3	2
Vollzeitäquivalente	192,80	202,81	208,03

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	12.497	3.298	3.411
davon für den Ankauf neuer Flächen der Kreisforsten Rendsburg	9.543		
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	2.436	2.992	4.235
Holzeinschlag (ca. in Tfm)	186	168	202
Durchschnittserlös je Festmeter (ca. in €)	58	50	41

Geschäftsverlauf 2011

Das Hauptgeschäftsfeld der SHLF ist der Holzverkauf. Im Geschäftsjahr 2011 wurden rd. 186.000 Festmeter (fm) Holz (2010: 168.000 fm) eingeschlagen. Das entspricht ca. 98 % des Regelhiebsatzes. Damit entfielen im Geschäftsjahr 2011 rund 79 % (2010: 77 %) der Umsatzerlöse der SHLF auf das Hauptgeschäftsfeld Holz.

Die Umsätze bei den Nichtholzprodukten und Dienstleistungen konnten im Geschäftsjahr 2011 auf 2.726 T€ (2010: 2.487 T€) weiter erhöht werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 3.500 T€ resultieren aus der Aufnahme eines Darlehens für die Finanzierung des Kaufs von Forstflächen im Kreis Rendsburg. Das gesamte Investitionsvolumen für den Ankauf betrug 9.543 T€.

Bereits im Geschäftsjahr 2010 wurde am Standort Fahrenkrug bei Bad Segeberg eine zentrale Aufarbeitung von Scheitholz („Holsteiner Holz“) aufgebaut. Um dieses Produkt neben der Eigenmarke für Wildfleischprodukte „FeinWild“ mit der nötigen Dynamik am Markt platzieren zu können, wurde mit Wirkung zum 20.05.2011 die Schleswig-Holsteinische Landesforsten Service GmbH (SHLF GmbH) als 100%ige Tochtergesellschaft der SHLF gegründet.

Aus den Unternehmensdaten ergibt sich, dass aus dem Landeshaushalt ein Betrag in Höhe von 5.317 T€ der SHLF zugeflossen ist. Davon entfallen 3.511 T€ auf einen Zuschuss für Gemeinwohlleistungen gemäß der Zielvereinbarung mit dem zuständigen Fachressort und 1.806 T€ auf einen Betriebsmittelzuschuss.

Das Land Schleswig-Holstein trägt nach § 3 des Gesetzes über die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten die Gewährträgerhaftung für die SHLF.

Ausblick

Für 2012 rechnet die SHLF mit einer Steigerung der Einschlagmenge auf ca. 210.000 fm. Ab 2013 soll der Hiebsatz nochmals etwas angehoben werden, so dass die rechtlichen Voraussetzungen für eine mögliche Erhöhung der Einschlagmenge gegeben sind.

Hinsichtlich der finanziellen Entwicklung der SHLF spielen darüber hinaus insbesondere nicht durch die SHLF zu beeinflussende Faktoren wie die Entwicklung der Holzpreise, Kalamitäten oder globale Finanzkrisen eine Rolle. Angesichts abnehmender Weltvorräte kann mit einer konstant hohen Holznachfrage gerechnet werden, so dass das kurz- bis mittelfristige Absatzrisiko für die SHLF begrenzt ist.

Die Abhängigkeit vom Holzertrag soll durch die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs und weiterer Geschäftsfelder weiterhin gemindert werden. In diesem Zusammenhang soll die neu gegründete Schleswig-Holsteinische Landesforsten Service GmbH zukünftig einen nennenswerten Teil innerhalb der Wertschöpfungskette der SHLF bilden und zur Arbeitsplatzsicherung der Mitarbeiter der SHLF beitragen.

Die Entwicklung der SHLF ist darauf ausgerichtet, schrittweise den Zuschussbedarf für den Wirtschaftsbereich abzubauen. Vor dieser Zielsetzung wird der Betriebsmittelzuschuss des Landes bereits für das Jahr 2012 auf 806 T€ reduziert, ab dem Geschäftsjahr 2013 entfällt dieser vollständig.

Zur Absicherung der unkalkulierbaren Risiken hat die SHLF eine entsprechende Risiko- und Konjunkturrücklage aufgebaut. Diese soll auch zukünftig angemessen fortgeführt werden.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig- Holstein AöR



Steckelhörn 12
20457 Hamburg

Tel: 040 42831-1766

Fax: 040 42831-1700

E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

Internet: www.statistik-nord.de

Fröbelstraße 15 - 17

24113 Kiel

Telefon: 0431 6895-0

Fax: 0431 6895-9498

Unternehmensaufgabe

Die Anstalt ist die zentrale Dienstleisterin für die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Sie erfüllt alle ihr oder den früheren Statistischen Landesämtern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Vereinbarung sowie alle diesen zum Zeitpunkt der Anstaltserrichtung obliegenden Aufgaben.

Die Anstalt vertritt zur Wahrnehmung der statistischen Aufgaben die Interessen Hamburgs und Schleswig-Holsteins bei der Mitwirkung in Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene. Sie unterstützt und berät als fachkundige Stelle Hamburg und Schleswig-Holstein in allen Fragen der Statistik.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital:	1.663.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	873.000	52,50
Freie und Hansestadt Hamburg	790.000	47,50

Vorstand

Helmut Eppmann

Verwaltungsrat

- Hans-Hermann Witt (Vorsitzender), IM Schleswig-Holstein
- Willi Beiß (stellvertretender Vorsitzender), BIS Hamburg
- Rainer Braun, FB Hamburg
- Thorsten Quiel, Beschäftigtenvertreter Statistikamt Nord
- Karin Reese-Cloosters, FM Schleswig-Holstein

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen

Keine

Unternehmensdaten

(alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Umlaufvermögen	29.202	21.733	21.883
Eigenkapital	7.664	2.919	4.672
davon			
gezeichnetes Kapital	1.663	1.663	1.663
Gewinnrücklage	984	93	915
Jahresüberschuss	4.745	891	1.822
Rückstellungen	29.959	27.469	25.073
davon für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	25.344	23.152	20.791
Verbindlichkeiten	4.765	1.196	333
davon erhaltene Anzahlungen	4.131	423	0
Bilanzsumme	42.401	31.584	30.079

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Transfererträge	35.983	28.982	28.199
Umsatzerlöse	973	391	302
Bestandsveränderungen an unfertigen Leistungen	1.790	423	0
Aufwand für bezogene Leistungen	5.677	4.276	4.193
Personalaufwand	20.846	19.430	19.521
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.674	5.434	4.991
Jahresergebnis	4.745	891	1.822

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	499	479	448
davon			
Frauen	284	259	248
Männer	215	220	200
Auszubildende	0	0	0
Teilzeitbeschäftigte	101	96	92
Vollzeitäquivalente	427,69	405,58	371,44

Kennzahlen	2011	2010	2009
Sachanlageinvestitionen	714	353	332
Gesamtleistung (in T€)	38.746	29.796	28.501
Cashflow i.e.S. (in T€)	7.146	3.434	3.869
Free Cashflow (in T€)	-30.938	-26.064	-24.738
Personalaufwand von Gesamtleistung (in %)	58,0	70,4	68,5

Geschäftsverlauf 2011

Die Ertragslage verdeutlicht, dass sich das Statistikamt überwiegend durch Zuschüsse der Trägerländer finanziert. Insgesamt konnte das Statistikamt im Jahr 2011 ein deutlich positives Betriebsergebnis erzielen.

Die Verbesserung der Ertragslage ist vor allem darauf zurückzuführen, dass für die Bearbeitung des Zensus 2011 Transfererträge in Höhe von rund 7 Mio. € vereinnahmt werden konnten. Da jedoch die durch den Zensus 2011 geplanten Betriebsaufwendungen mit 5,2 Mio. € geringer ausfielen als geplant, hat sich das Jahresergebnis mit rund 4,7 Mio. € gegenüber rund 0,9 Mio. € in 2010 stark verbessert. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich lediglich um eine Verschiebung von Aufwendungen in das Folgejahr handelt, so dass davon auszugehen ist, dass das Betriebsergebnis in 2012 niedriger ausfallen wird. Die Verzögerung beim Gesamtablauf des Projekts Zensus 2011 ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die durch die programmierenden IT-Schwerpunktländer zentral zur Verfügung zu stellenden Erhebungsunterstützungssysteme und Aufbereitungsverfahren verspätet und teilweise fehlerhaft ausgeliefert wurden.

Im Jahr 2011 wurde der Aufbau des Landesinformationssystems LIS erheblich vorangetrieben. Inzwischen wurde eine breite Datenbasis im System aufgebaut, die von den fachstatistischen Bereichen des Amtes ausgiebig genutzt wird, was sich darin zeigt, dass sich die Zahlen der eingelagerten Quader, Nutzer und Zugriffe deutlich erhöht hat. Die Datenbasis soll im Rahmen der Optimierung und Automatisierung der Produktion von statistischen Berichten als neues Projekt in 2012 verstärkt genutzt werden.

Neben dem Kerngeschäft führt das Statistikamt Nord auch Arbeiten für die Trägerländer nach gesonderten Vereinbarungen durch. Beispielhaft genannt seien hier die in 2011 begonnenen Vorbereitungen für die im Mai 2012 stattfindenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und die im Februar 2011 vorgezogenen Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen in Hamburg.

Das Statistikamt Nord hat im Jahr 2011 rund 19,7 Mio. € als Transfererträge aus dem Landeshaushalt erhalten, gegenüber 17,2 Mio. € im Jahr 2010 und 16,1 Mio. € im Jahr 2009.

Ausblick

In 2012 soll erstmalig die Erfüllung der IT-Entwicklungsquote im Statistischen Verbund in den Jahren 2010 und 2011 bewertet und ein monetäres Ausgleichssystem eingeführt werden. Das Statistikamt ist bemüht, möglichst eine Unterfüllung des Verbundsolls und damit Ausgleichszahlungen zu vermeiden.

Die mit der Einführung der Verrechnung von Leistungen für die zentrale IT-Produktion und Datenerhebung entstehenden Aufwendungen sind derzeit kaum abschätzbar. Sollte Dataport als IT-Dienstleister für das Statistikamt nicht in der Lage sein, für das Datenhosting im Vergleich zu anderen Statistikämtern wettbewerbsfähige Preise anbieten zu können, muss damit gerechnet werden, dass Aufträge und damit größere Beträge in andere Länder fließen.

Universitätsklinikum Schleswig-Holstein AöR



Arnold-Heller-Straße 3
24105 Kiel
Telefon: 0431 597-0
Mail: info@uksh.de
Internet: www.uksh.de

Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck
Telefon: 0451 500-0

Unternehmensaufgabe

Dem Klinikum obliegen die den Zwecken von Forschung und Lehre dienende Krankenversorgung sowie die ihm übertragenen sonstigen Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens. Es beteiligt sich an der ärztlichen Fort- und Weiterbildung und der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens. Das Klinikum hält in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Medizin-Ausschuss die für Forschung, Lehre und Studium notwendigen Voraussetzungen vor.

Eigentumsverhältnisse

in €

in %

Festgesetztes Kapital (gemäß § 5 Abs. 6 Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV))	19.364.586 €	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	19.364.586 €	100,00

Vorstand

- Prof. Dr. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender und Vorstand für Krankenversorgung,
- Peter Pansegrau, Kaufmännischer Vorstand
- Christa Meyer, Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice

Aufsichtsrat

- Rolf Fischer (Vorsitzender), MBW
- Thomas Losse-Müller (stellvertretender Vorsitzender), FM
- Prof. Dr. Peter Dominiak, Präsident der Universität Lübeck
- Prof. Dr. Gerhard Fouquet, Präsident der CAU
- Anette Langner, MSGFG
- Dr. Georg Nowak, UKSH
- Karen Schröder, UKSH
- Prof. Dr. Joachim Thiery, Universitätsklinikum Leipzig
- Peter Zühlsdorff, Gesellschafter Deutsche Industrie Holding

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen:	Stammkapital	Anteil UKSH (in %)
Zentrum für Integrative Psychiatrie - ZIP gGmbH	25.000	100
Medizinisches Versorgungszentrum - MVZ - der ZIP gGmbH (Tochter der ZIP gGmbH)	25.000	100
UKSH Akademie gGmbH	25.000	100
Nordeuropäisches Radioonkologisches Centrum Kiel GmbH - NRoCK	25.000	100
Ambulanzzentrum des UKSH gGmbH,	25.000	90
Dialog Diagnostiklabor GmbH	25.000	74,9
Service Stern Nord GmbH (ehemals: UKSH Service Gesellschaft mbH)	25.000	51
UKSH Gesellschaft für IT Services mbH - ITSG	25.000	51
UK S-H Gesellschaft für Informationstechnologie mbH - GfIT	25.000	51
Uni TransferKlinik Lübeck GmbH	170.000	47
Comparatio Health GmbH	25.000	17
PVA SH Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein GmbH	50.000	12
Medizinisches Laserzentrum Lübeck GmbH -	95.000	11

**Unternehmensdaten auf Basis des Konzernabschlusses
(alle Angaben in T€)**

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	627.993	681.894	632.385
Umlaufvermögen	194.687	153.727	135.409
Eigenkapital	195	504	243
Anteile anderer Gesellschafter	195	504	243
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	119.145	109.009	98.484
Bilanzverlust	140.509	130.374	119.848

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	588.813	533.780	536.081
Rückstellungen	60.833	66.271	55.124
Verbindlichkeiten	293.338	345.176	276.208
Bilanzsumme	943.178	945.731	867.708

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	596.125	565.922	531.037
Drittmittelerträge	49.045	42.522	42.751
Zuwendungen des Bundes für Investitionen	78.292	20.810	18.471
Zuweisungen und Zuschüsse des Landes davon für Forschung und Lehre, Zuweisungen nach § 33 Abs. 5 HSG	123.293 107.636	128.146 112.735	133.033 118.051
Sonstige betriebliche Erträge	265.235	109.075	110.096
Materialaufwand	183.334	168.433	156.503
Aufwendungen für bezogene Leistungen	31.925	29.205	24.359
Personalaufwand	506.736	474.546	459.571
Jahresergebnis	-10.152	-10.264	-21.632

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	2011	2010	2009
Gesamtanzahl (Personen)	11.287	11.263	11.147
davon			
Frauen	8.237	8.191	8.159
Männer	3.050	3.072	2.988
Auszubildende	575	526	505
Teilzeitbeschäftigte	4.935	4.496	4.317
Vollzeitäquivalente	9.062	8.776	8.572

Kennzahlen	2011	2010	2009
Umsatzrentabilität	-1,70	-1,81	-4,10
Produktivität je Vollkraft (in T€)	65,78	64,48	61,95
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in T€)	2.051	79.042	93.284
Bettenzahl	2.395	2.323	2.287
Berechnungstage	669.360	690.880	686.690
Fallzahl	98.544	96.951	94.389
Durchschnittliche Verweildauer je Patient in Tagen	6,79	7,13	7,28

Geschäftsverlauf 2011

Das UKSH ist das einzige Krankenhaus der Maximalversorgung in Schleswig-Holstein und gewährleistet an 52 Kliniken und 26 Instituten gemeinsam mit den medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck eine umfassende universitäre medizinische Versorgung und Forschung im Lande. In Bezug auf die Anzahl der Betten und die Anzahl der behandelten Patienten ist es eine der drei größten Universitätskliniken in Deutschland.

Dem UKSH ist es aufgrund verschiedener schwieriger Rahmenbedingungen wie erheblicher Sanierungsstau bei den Kliniken auf beiden Campus, niedrigster Landesbasisfallwert in Deutschland, Kürzung der Landeszuweisungen um rund 5 Mio. € wiederholt nicht gelungen ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften. Die Erlössteigerungen von mehr als 30 Mio. € wurden durch Kostensteigerungen beim Personal- und Materialaufwand mehr als aufgezehrt.

Im Geschäftsjahr sind Zuschüsse in Höhe von insgesamt 123.293.279,00 € aus dem Landeshaushalt ans UKSH geflossen.

Die Tochtergesellschaften erwirtschaften überwiegend positive Jahresergebnisse.

Ausblick

Die Entwicklung 2012 zeigt keine wesentlichen Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr.

Der Vorstand ist davon überzeugt, dass mit Umsetzung des baulichen Masterplans sowie weiteren flankierenden Maßnahmen der Konzern sein wirtschaftliches Ergebnis mittel- bis langfristig verbessern wird.

Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH



Lorentzendam 24
24103 Kiel

Telefon: 0431 / 66 66 6 – 0
Fax: 0431 / 66 66 6 – 7 67
Mail: info@wtsh.de
Internet: www.wtsh.de

Unternehmensaufgabe

Zu den Aufgaben der WTSH gehören

- die Förderung der Wirtschaft durch Beratung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in bzw. für Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen.
- die Förderung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.
- die Förderung der Wirtschaft durch Maßnahmen zur Stärkung von Technologietransfer und Innovation.
- die Intensivierung des Wissenstransfers durch Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und insbesondere mittelständischen Unternehmen.
- die Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Hand im Bereich der Förderung einschl. der Beratung über die öffentliche Förderung, sowie die auftragsweise Abwicklung von Förderprogrammen in den Bereichen Außenwirtschaft, Innovation und Technologietransfer.

Eigentumsverhältnisse	in €	in %
Stammkapital der WTSH	400.000	100,00
davon		
Land Schleswig-Holstein	204.000	51,00
IHK Flensburg	32.000	8,00
IHK Kiel	64.000	16,00
IHK Lübeck	64.000	16,00
Hochschul-GbR	18.000	4,50
Handwerkskammer Flensburg	9.000	2,25
Handwerkskammer Lübeck	9.000	2,25

Geschäftsführer

Dr. Bernd Bösche

Aufsichtsrat

- Dr. Frank Nägele (Vorsitzender), MWAVT
- Dr. Jörn Biel (stellvertretender Vorsitzender), IHK zu Kiel
- Prof. Dr. Udo Beer, FH Kiel
- Dr. Bernd Egert, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation FHH (für SH)
- Udo Hansen, Handwerkskammer Flensburg
- Thomas Losse-Müller, FM
- Matthias Schulz-Kleinfeldt, IHK zu Lübeck
- Peter Michael Stein, IHK zu Flensburg

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten im Geschäftsjahr 2011 keine Vergütung.

Beteiligungen	Stammkapital (in T€)	Anteil (in %)
Patent- und Verwertungsagentur für die wissenschaftlichen Entwicklungen in Schleswig-Holstein GmbH (PVA SH GmbH)	10	20,00

Unternehmensdaten
 (alle Angaben in T€)

Ausgewählte Daten aus der Bilanz	2011	2010	2009
Anlagevermögen	192	201	204
Umlaufvermögen	1.144	1.030	1.008
Eigenkapital	391	200	200
Sonderposten mit Rücklagenanteil	192	201	204
Rückstellungen	231	255	300
Bilanzsumme	1.445	1.290	1.315

Ausgewählte Daten aus der Gewinn- und Verlustrechnung	2011	2010	2009
Umsatzerlöse	2.770	2.814	2.290
Projektzuschüsse	1.225	924	877
sonstige betriebliche Erträge	3.036	2.817	3.181
davon Zuwendungen des Landes Schleswig-Holstein (institutionelle Förderung)	2.475	2.343	2.566
Personalaufwand	4.241	3.853	3.738
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.200	2.252	2.222
Jahresergebnis	0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (im Jahresdurchschnitt)			
	2011	2010	2009
Gesamt	78,25	77,75	76,5
davon			
Frauen	51,5	50,5	49,5
Männer	26,75	27,25	27
Auszubildende	1	0,5	2
Teilzeitbeschäftigte	19	19,25	19,5
Vollzeitäquivalente	64,82	68,88	62,02
Kennzahlen			
	2011	2010	2009
Ansiedlungen (Anzahl)	24	28	25
geschaffene Arbeitsplätze (Anzahl)	702	740	436
Finanzierungsanteil des Landes an den gesamten Nettoerträgen	57 %	63 %	65,7 %
Fördervolumen Technologieförderung (Mio. €)	6,8	9,6	10,3

Geschäftsverlauf 2011

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Geschäftsjahr insbesondere durch institutionelle Förderung im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung. Mit 2.946 T€ institutioneller Förderung lag der Anteil der Grundfinanzierung bei 42 %.

Die Höhe der Projektzuwendungen lag im Jahr 2011 deutlich über dem Niveau der Vorjahre. Dementsprechend stieg die relative Bedeutung der Projektzuwendungen in Relation zum Nettogesamtumsatz von 14 % im Jahr 2010 auf über 18 % im Jahr 2011.

Der gesamte Finanzierungsanteil (netto) des Landes – einschl. der EU-Mittel aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft für Projekte der WTSH – lag im Berichtsjahr mit insgesamt 3.996 T€ bei knapp unter 57 % der gesamten Nettoerträge der WTSH. Im Vorjahr betrug der Landesanteil mit 4.124 T€ noch fast 63 %. Damit war das Land 2011 erneut der deutlich größte Finanzier der Aktivitäten der WTSH.

Die Industrie- und Handelskammern finanzierten auch in 2011 zusätzlich zu ihrer institutionellen Förderung anteilig zwei Projekte.

Die Gesellschafter der WTSH haben im Berichtsjahr beschlossen, zur Risikovorsorge insbesondere vor dem Hintergrund künftig abnehmender Planbarkeit der Erträge das Stammkapital der Gesellschaft von 200 T€ auf 400 T€ anzuheben. Eine Einzahlung in Höhe von 9 T€ stand zum Bilanzstichtag 2011 noch aus. Weiterhin ist in diesem Zuge auch der Gesellschafterkreis um die Handwerkskammern erweitert worden.

Die institutionelle Förderung des Landes betrug im Geschäftsjahr 2.475 T€. Darüber hinaus wurden Projektzuschüsse in Höhe von 538 T€ aus dem Landeshaushalt gewährt.

Ausblick

Die Bezuschussung durch die Gesellschafter bleibt weiterhin die finanzielle Grundlage des Geschäftsbetriebes der WTSH. Die Höhe der institutionellen Förderung wird in der Summe im Jahr 2012 dem Wert des Vorjahres entsprechen.

Ergänzend werden projektbezogene Zuwendungen und Entgelte für Dienstleistungen zur Finanzierung verwendet.

Neben der Sicherstellung der Finanzierung wird der Fachkräftemangel ein zentrales Thema sein. Ein neu entwickeltes Standortmarketing hat diese Problematik neben der Einbindung von schleswig-holsteinischen Unternehmen in die Marketingaktivitäten im Fokus.

Anhänge

Vertreter des Landes in Kontrollgremien

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Ahrens, Dr. Heide	MBW	HZG
Bieler-Seelhoff, Susanne	MJKE	FFHSH
Brahms, Margret	MELUR	SHLF
Buck, Dr. Renée	MSGFG	InphA
Egert, Dr. Bernd	BWVI HH	WTSH
Euler, Dr. Hans-Hartmut	MWAVT	EKSH
Fischer, Rolf	MBW	GMSH Norgenta UKSH (Vorsitzender)
Grieme, Carsten	Johnson & Johnson Medical	Norgenta
Grützner, Johannes	MELUR	Bürgschaftsbank
Hemming, Sigrid	MBW	ZTS
Hartweg, Jutta	Kreis Segeberg	AKN
Hunsrügge, Frank	MWAVT	EDN
Kämpfer, Dr. Ulf	MELUR	SHLF (Vorsitzender)
Koopmann, Lutz	IB	HSH Finanzfonds
Kruse, Dr. Martin	IHK Kiel	GBS SHLF
Kübitz-Schwind, Roland	MELUR	GBS
Küpperbusch, Bernd	IM	Dataport GMSH IB
Langner, Anette	MSFG	IB UKSH
Leiers, Dr. Thomas	Ferring Arzneimittel	Norgenta

Mandatsträger	Behörde	Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats der folgenden Landesbeteiligung
Losse-Müller, Thomas	FM	Dataport GMSH (Vorsitzender) HSH Nordbank IB (Vorsitzender) UKSH WTSH
Meienberg, Günther	MWAVT	AKN (Vorsitzender) DEGES HVV
Müller-Beck, Ralph	MWAVT	Norgenta
Nägele, Dr. Frank	MWAVT	IB LVS SH (Vorsitzender) WTSH (Vorsitzender)
Nestle, Dr. Ingrid	MELUR	EKSH IB
Petersen, Annette	FM	EDN GOES
Reese-Cloosters, Karin	FM	LVS SH SHLF Statistik-Nord
Rossow, Torben	FM	GKL
Ruck, Silke	FM	HSH Finanzfonds
Schmidt-Elsaeßer, Dr. Eberhard	MJKE	GMSH IB
Schriewer, Bernd	MWAVT	Bürgschaftsbank
Sorgenfrei, Dr. Christiane	FM	AKN Bürgschaftsbank GBS
Wasielowski, Dr. Andreas	MELUR	GOES (Vorsitzender)
Witt, Hans-Herrmann	IM	Statistik-Nord (Vorsitzender)

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
AMI	Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord (jetzt: InphA)
ASYS	Abfallüberwachungssystem
BIS	Behörde für Inneres und Sport Hamburg
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BSB	Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg
BSU	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
BWVI	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg
CAU	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
EDN	Eichdirektion Nord
EM M-V	Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
EKSH	Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein
ERP	European Recovery Program (Marshallplan)
FB	Finanzbehörde Hamburg
FFHSH	Filmförderung Hamburg / Schleswig-Holstein
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
FM	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein
FM M-V	Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
FM Nds.	Finanzministerium des Landes Niedersachsen
GBS	Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMP	Good Manufacturing Practice

Abkürzung	Bedeutung
GMSH	Gebäudemanagement Schleswig-Holstein
GOES	Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen
HGV	Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH
HHA	Hamburger Hochbahn AG
HMWVK	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
HZG	Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung
IB	Investitionsbank Schleswig-Holstein
IKA	InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme
IM	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
InphA	Institut für pharmazeutische und angewandte Analytik (ehemals: AMI Nord)
KB HH	Kulturbehörde Hamburg
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LHS Kiel	Landeshauptstadt Kiel
LKN	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
LVS	Landesweite Verkehrsservicegesellschaft
MA HSH	Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein
MBW	Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein
MELUR	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
MIL	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
MJKE	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein
MLV	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
MSGFG	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein
MWAVT	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein
NF	Nordfriesland

Abkürzung	Bedeutung
NPS	Nationalpark-Service
SF Bremen	Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen
SHGT	Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag
SHLF	Schleswig-Holsteinische Landesforsten
SHLT	Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SPNV	Schienerpersonennahverkehr
SUBV	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr des Landes Bremen
TMBLV	Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
VDE	Verkehrsprojekte Deutsche Einheit
WTSH	Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein
ZTS	Zentrum für Maritime Technologie und Seefischmarkt Grundstücksverwaltung